



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wie leider alle Museen ist auch das NS-Dokumentationszentrum geschlossen und wir wissen noch nicht, wann es wieder öffnen kann. Aber die Arbeit im NS-Dokumentationszentrum geht weiter. Der Lockdown ermöglicht sogar größere Vorhaben intensiver zu bearbeiten, wie Werner Jung berichtet. Unter diesen besonderen Bedingungen haben nun eine ganze Reihe neue Mitarbeiter*innen ihre Arbeit begonnen. Wir gratulieren ihnen allen und wünschen ihnen viel Erfolg. Auch wir als Verein EL-DE Haus konnten aus Mitteln des Vereins zwei wenn auch nur geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zur Verfügung stellen. Dies ist möglich, weil kontinuierlich neue Mitglieder dem Verein beitreten.

Auch im virtuellen Raum ist das NS-DOK immer präsenter – so mit dem überarbeiteten 360 Grad Rundgang und einem vielfältigen Angebot auf der Internetseite www.nsdok.de.



Wie wichtig die Arbeit der ibs für die gegenwärtige Diskussion über die rassistische Diskriminierung ist, können Sie im Referat zur **besonderen Bedeutung von Geschichte für die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Phänomenen**, das Hans-Peter Killguss auf unserer Mitgliederversammlung im September 2020 gehalten hat, nachlesen.

Zwei Neuerscheinungen passen gut zum Angebot des NS-Dokumentationszentrums, die im Newsletter rezensiert werden:

Fritz Bilz, **Die Familie Ganz und die Lengfeldsche Buchhandlung**, erzählt die Geschichte der Verfolgung der jüdischen Familie in der NS-Diktatur.

Joanna Ostrowska, Joanna Talewicz-Kwiatkowska, Lutz van Dijk (Hg.): **Erinnern in Auschwitz – auch an sexuelle Minderheiten**, betritt in vielfacher Hinsicht in der Geschichtsschreibung über die Verfolgung Homosexueller Neuland.

Wer die Zeit nutzen möchte, um diese Bücher zu lesen, kann sie im Buchhandel zum Beispiel über info@buchsalon-ehrenfeld.de auch online erwerben.

Die Gedenkveranstaltung an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar fällt wegen der Pandemie leider aus. Zum Gedenken an Widerstandskämpfer und Verfolgte ruft die VVN mit einer Stolperstein-Verlegung für Alice und Kurt Bachmann am 23. Februar oder zu einem anderen möglichen Termin auf.

Jetzt schon können Sie sich im Internet dem **Bürgerantrag** des Friedensbildungswerkes anschließen, das **Radstadion in Müngersdorf** nach dem jüdischen Radweltmeister Albert Richter und den Platz davor nach seinem Trainer Ernst Berliner zu benennen.

Wir müssen gerade im Lockdown unser ehrenamtliches Engagement im Internet fortsetzen.

Bettina Levy, Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln und Mitglied unseres Vorstandes hat in ihrer Rede zum Gedenken an die November Pogrome 1938 am 9. November 2020 die klare und leider notwendige Warnung ausgesprochen.

»Die jüdische Weltherrschaft« ist ein immer wieder gerne heraufbeschworenes angebliches Schreckgespenst. Und des gleichen Musters wird sich auch heute mehr und mehr, öffentlich und offen bedient. Verschwörungstheorien haben während Corona Hochkonjunktur. Wir leben in einer Zeit der Distanz und des Abstandes. Aber im digitalen Raum passiert ganz viel. Verschwörungstheorien, werden in Windeseile verbreitet und haben eine gigantische Plattform. Wir müssen noch wachsamer sein, auch in dieser Parallelwelt des Internets, die für viele mehr Zuhause als die echte Welt, die Realität geworden ist. Seid wachsam!«

Das müssen wir!

Ich wünsche Ihnen Alles Gute und Bleiben Sie gesund!

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen
Vorsitzender des Vereins EL-DE-Haus



**Sehr geehrte Mitglieder sowie
Freundinnen und Freunde des Fördervereins,
sehr geehrte Leserinnen und Leser,**

ich wünsche Ihnen alles Gute im neuen Jahr, persönliches Wohlergehen und vor allem Gesundheit.

Diese Wünsche bekommen nach den Erlebnissen des vergangenen Jahres noch einmal eine ganz besondere Bedeutung. Die Corona-Pandemie hat uns alle seit Monaten fest im Griff. Sie hat das Leben der allermeisten verändert. Sie trifft unser gesellschaftliches, soziales, kulturelles und wirtschaftliches Leben sehr hart. Und sie hat auch die Aktivitäten des Vereins EL-DE-Haus und des von Ihnen so nachhaltig unterstützten NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln stark beeinträchtigt.

Als Förderverein haben Sie sich den Herausforderungen gestellt. Die Verbindung zu den Mitgliedern konnten Sie nicht zuletzt über den Newsletter aufrechterhalten, der mittlerweile über 1.100 Abonentinnen und Abonnenten zählt. Und sie haben bereits im September 2020 Ihre Mitgliederversammlung als Hybrid-Format durchgeführt. Das zeigt: Sie gehen mit der Zeit – was sich auch in den steigenden Mitgliederzahlen ausdrückt: Mit über 450 Mitgliedern konnten Sie vergangenes Jahr einen neuen Höchststand erreichen. Zu diesem Erfolg gratuliere ich Ihnen sehr herzlich.

Im zurückliegenden Jahr hat sich ein Großteil des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in die digitale Welt verlagert. Dafür war das NS-Dokumentationszentrum bestens gewappnet: Schon seit Jahren verfügt es über ein reichhaltiges Internetangebot, das unter anderem 360-Grad-Rundgänge enthält. Gleichwohl ist es bedauerlich, dass viele mit Herzblut und großem Aufwand geplante Veranstaltungen abgesagt werden mussten.

Lassen Sie uns jetzt zu Jahresbeginn dennoch den Blick auf das Positive lenken: Denn das NS-Dokumentationszentrum hat 2020 trotz Corona eine Menge erreicht:

- Die neue Fachstelle »[m²] miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus« hat ihre Arbeit aufgenommen.
- Es wurde intensiv an wissenschaftlichen Projekten gearbeitet, u.a. über »Opposition und Widerstand in der NS-Zeit«.
- Die Umsetzung des neuen Konzepts »Haus für Erinnern und Demokratie« geht voran.
- Der Rat der Stadt Köln hat – auch dank der Unterstützung des Vereins – Mitte 2020 beschlossen, für Kölner Schülerinnen und Schüler sämtliche Bildungsangebote des NS-Dokumentationszentrums kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Diese Bilanz kann sich sehen lassen. Ich freue mich über das Erreichte und danke allen, die daran mitgewirkt haben.

Zudem möchte ich Ihnen meine Anerkennung für Ihr Engagement im Bündnis »Köln stellt sich quer« aussprechen. Es ist für mich beruhigend zu wissen, dass eine breite und vielfältige Zivilgesellschaft sich gegen die Kräfte stellt, die gerade die Pandemie sowie ihre Folgen dazu nutzen wollen, unsere Demokratie grundsätzlich in Frage zu stellen. Ich bin sicher: Die Arbeit des Vereins EL-DE-Haus wird uns auch in diesem Jahr daran erinnern, dass demokratisches Handeln gerade in schwierigen Zeiten gefordert ist!

Ihre
Henriette Reker
Oberbürgermeisterin der Stadt Köln

01 EDITORIAL

02 GRUSSWORT

03 INHALT

NEUES AUS DEM NS-DOK

- 04 Im Lockdown II – Virtuelle Angebote und neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- 06 Zur besonderen Bedeutung von Geschichte für die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Phänomenen am Beispiel der ibs

AUS DEM FÖRDERVEREIN

- 09 Gedenkveranstaltung »Erinnern - Eine Brücke in die Zukunft« in der Antoniterkirche am 27. Januar abgesagt

AUS ANDEREN INITIATIVEN

- 10 Lern- und Gedenkort Jawne: Einladung zur Online-Gedenkstunde 27. Januar 2021
- 11 Ausstellungsprojekt: Wir kommen in die Schule Die Cellistin von Auschwitz – Die Geschichte von Anita Lasker-Wallfisch
- 12 Online-Verleihung des Bilz-Preises 2020 an das KulturForum Türkei Deutschland
- 14 Stolpersteine für Alice und Kurt Bachmann
- 14 Aktion »Respekt! – Gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus«
- 15 Erinnern für die Wachsamkeit: Gedenkveranstaltung zum 82. Jahrestag der Reichspogromnacht 1938
- 20 Jüdisches Leben in Deutschland – Epochenbilder von der Antike bis zum Ersten Weltkrieg
- 20 Das Radstadion in Köln-Müngersdorf soll zum Albert-Richter-Radstadion werden
- 21 »Erinnern in Auschwitz - auch an sexuelle Minderheiten« – Herausgegeben von Joanna Ostrowska, Joanna Talewicz-Kwiatkowska, Lutz van Dijk
- 22 »Die Familie Ganz und die Lengfeld'sche Buchhandlung – Lebensgeschichten einer jüdischen Buchhändlerfamilie« Herausgegeben von Brigitte und Fritz Bilz

Mitgewirkt an dieser Ausgabe haben:

Ulrike Bach | Georg Bungarten | Stefan Hößl | Dr. Werner Jung | Hans-Peter Killguss | Albert Knoll | Hajo Leib | Claudia Wörmann-Adam |

IMPRESSUM

Herausgeber: Verein EL DE Haus e.V. –
Förderverein des NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Appellhofplatz 23 – 25, 50667 Köln | www.nsdok.de
Kontakt: el-de-haus@web.de

Konto: Verein EL-DE-Haus
IBAN: DE03 3705 0198 0008 1922 05 | BIC: COLSDE33

Redaktion: Çiler Fırtına, Walla Blümcke, Martin Sölle
Kontakt: el-de-haus@web.de

Verantwortlich laut § 6 MDStV:
Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen (Vorsitzender)

Layout: Georg Bungarten

Sie finden alle Newsletter-Ausgaben auf
www.nsdok.de -> Verein -> Newsletter-Archiv.

Dort finden Sie auch Pressemitteilungen und Beitrittsformulare.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechend nicht zwingend der Vereins- bzw. Redaktionsmeinung. Für Inhalte angegebener Links sind deren Betreiber verantwortlich. Veranstaltungshinweise, Termin- und Ortsangaben sind ohne Gewähr.

Datenschutz: Ihre personenbezogenen Daten sowie ihre E-Mail-Adresse werden ohne Ihre Zustimmung nie an Dritte weitergegeben.

Dieser Newsletter kann per Mail unter Angabe Ihrer Mailadresse kostenlos bestellt und jederzeit wieder abbestellt werden.



Im Lockdown II

Auch das NS-Dokumentationszentrum befindet sich seit dem 2. November im zweiten Lockdown. Der Lockdown trifft das gesamte gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Leben, aber eben auch die Kultur und somit die Museen und die Gedenkstätten.

Die Sonderausstellung »Einige waren Nachbarn. Täterschaft – Mitläufertum – Widerstand« des United States Holocaust Memorial Museum wollten wir am 12. November eröffnen. Die Einladungen waren versandt. Aber daraus wurde dann nichts. Die Ausstellung steht schön aufgebaut und gut ausgeleuchtet in unserem Sonderausstellungsraum – doch niemand außerhalb unseres Teams hat sie gesehen. Sie läuft noch bis Ende Februar. Vielleicht gibt es noch eine kurze Zeitspanne, wo wir sie für Besucherinnen und Besucher zeigen können.

Aber es lohnt sich, einen Blick auf die Internetseite zu werfen. Dort ist ein 360-Grad-Rundgang eingestellt, bei dem zusätzlich jede einzelne Texttafel abfotografiert wurde und somit sehr gut lesbar ist. Einfach auf die Lupe drücken. Hier der Link: https://museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/rundgang/rundgang.aspx?nr=A_46_01&lang=de. Auf das außerordentlich umfangreiche Internetprogramm haben wir in einem früheren Newsletter bereits hingewiesen (www.nsdok.de).

Die Entwicklung zum zweiten Lockdown ist auch deswegen bedauerlich, weil wir nach dem Ende des ersten Lockdowns ab 15. Mai mit einem sehr großen Engagement des gesamten Teams auf dem Weg zur Normalität schienen. Wir haben Ausstellungseröffnungen, Veranstaltungen und Führungen für Klein-Gruppen im Haus durchgeführt. Dafür konnten wir das Platzangebot im Veranstaltungsraum verdoppeln, indem eine Direktübertragung in das benachbarte Geschichtslabor eingebaut wurde. Leider ließ sich der Weg nicht fortsetzen.

Für andere Teile unserer Arbeit nützte der Lockdown sogar: So haben wir verstärkt Zeit gefunden, um an dem großen Widerstands-Projekt zu arbeiten. Auch im Homeoffice ließ sich weiter an neuen Konzepten arbeiten, beispielsweise für »[m²] miteinander – mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus«.

Arbeiten zum Jugend- und Schülergedenktag werden online ausgestellt

Der Jugend- und Schülergedenktag hat eine lange Tradition. Anlässlich des 27. Januar 1945, dem Tag der Befreiung der Überlebenden des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau, präsentierten Jugendliche 23 Jahre lang ihre Arbeiten in einem Bühnenprogramm und in einer Ausstellung im NS-DOK. Auch wenn das Bühnenprogramm und die Ausstellung vor Ort ausfallen müssen, wollen wir den Tag nicht einfach vorübergehen lassen.

Das NS-DOK zeigt die Ausstellung virtuell auf seiner Internetseite. Trotz der schwierigen Corona-Bedingungen haben sich acht Schulen beteiligt. Die Filme, Fotos und Beiträge der Jugendlichen können



in einem multimedialen 360° Rundgang online angeschaut werden. Sie sind dort zu sehen, wo sie unter normalen Bedingungen gezeigt worden wären: im Gewölbe. Ab Mittwoch, 27. Januar, ist die virtuelle Ausstellung zu besuchen (www.nsdok.de).

Rappelvoll: Die Ausstellung zum Jugend- und Schülergedenktag im Gewölbe im Jahr 2019. © NS-DOK / Ibrahim Basalamah

Auch im pädagogischen Bereich wurde die Zeit genutzt, um neue, an das Pandemiegeschehen angepasste Angebote zu entwickeln. Und so ganz nebenher führen wir noch einen großen Umbau zum »Haus für Erinnern und Demokratie« durch.

Darüber hinaus haben wir auch im letzten Jahr sehr viele Bewerbungsrunden durchgeführt, was sich wegen den zeitweilig sehr strikten Kontaktbeschränkungen etwas hinzog. Der personelle Umbruch, der schon 2018 stark spürbar war, setzte sich im letzten Jahr fort.

Wir konnten neu in unserem Team begrüßen:

Dr. Annemone Christians-Bernsee hat zum 1. Januar 2021 die Stelle als stellvertretende Direktorin (in der Nachfolge von Dr. Karola Fings) übernommen. Bis zu ihrem Wechsel nach Köln war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin. Zuvor war sie an der Gedenkstätte Lindenstraße als Kuratorin tätig. Sie promovierte mit der Arbeit »Amtsgewalt und Volksgesundheit. Das städtische Gesundheitswesen München zwischen Zwangssterilisation und Mangelverwaltung 1933-1945«

Felicia Köttler arbeitet bereits seit 2018 als freie Mitarbeiterin bei der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im drittmittelfinanzierten Projekt »Qualifizierung und Begleitung von Institutionen, Organisationen und Einrichtungen für mehr Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus«. Sie verfügt über einen Bachelorabschluss in Erziehungswissenschaften. Seit dem 1. Februar 2020 ist sie als städtische Mitarbeiterin befristet beschäftigt.

Dr. Hanne Leßau hat zum 1. Oktober 2020 die Stelle als Ausstellungs- und Veranstaltungsmanagerin (in der Nachfolge von Dr. Jürgen Müller) übernommen. Sie arbeitete fünf Jahre lang als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg und hat dort Ausstellungen entwickelt. Davor war sie bereits als Kuratorin sowie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in verschiedenen Museen sowie Gedenkstätten tätig. Sie promovierte zum Thema »Entnazifizierungsgeschichten. Der Umgang mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit«.

Dr. Dirk Lukaßen ist seit dem 1. Februar 2020 (in der Nachfolge von Barbara Kirschbaum) als Referent des Museumsdienstes für Bildung und Vermittlung am NS-DOK tätig. Vorher war er seit 2011 als Lehrer für die Fächer Deutsch und Geschichte an der Lise-Meitner-Gesamtschule Köln-Porz sowie am Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität zu Köln beschäftigt. Von 2008 bis 2010 wirkte er in verschiedenen Projekten des NS-DOK mit. Seine Examensarbeit schrieb er zum Thema »Menschenschilder vor dem Richter«. Kölner Gestapo und Nachkriegsjustiz«. Er promovierte über »Grüne Koalitionen. Naturkonzepte und Naturschutzpraxis in der Weimarer Republik«.

Robert Muschalla studierte Geschichtswissenschaften und arbeitete über zehn Jahren lang als Kurator für verschiedene Museen in vorwiegend NRW. Im Deutschen Historischen Museum in Berlin entwickelte er die Ausstellung »Sparen – Geschichte einer deutschen Tugend«. Er übernahm ab April 2020 die Elternzeitvertretung für Hanne Leßau.

Christoph Ohrem ist seit dem 1. Oktober 2020 der Leiter der »Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation« im NS-DOK. Der studierte Germanist verfügt über eine zehnjährige Erfahrung

als freier Kulturjournalist und über sechs Jahre als Social-Media-Manager bei WDR 3. Seine weiteren Tätigkeiten umfassten Arbeiten im Bereich Redaktions-Assistenz beim WDR Hörfunk sowie als Autor für die Tageszeitung »Kölnische Rundschau«.

Bastian Schlang hat seit dem 1. August 2020 die neugeschaffene Stelle als Assistent des Direktors inne. Der studierte Pädagoge und Geograph war bis dahin Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Museologie an der Universität Würzburg und promovierte dort zum Thema »Die Ausstellung als Spiel: Gamification als neues museologisches Paradigma«. Er hat vor Jahren bereits bei der Entwicklung des »Geschichtslabors« auf der zweiten Etage des NS-Dokumentationszentrums mitgewirkt und die Umsetzung des Konzepts zum »Haus für Erinnern und Demokratie« wissenschaftlich begleitet.

Frank Schwalm arbeitet seit dem 1. Januar 2020 als studierter Geschichtswissenschaftler am Projekt zur Geschichte der Kölner Gestapo mit. Er forscht nach weiteren Unterlagen in auswärtigen Archiven und wertet dortige Recherchen sowie Dokumente und Interviews im NS-DOK für die Datenbank aus. Er ist Autor von mehreren Büchern.

Stella Shcherbatova ist studierte Psychologin und hat die Jüdische Telefonseelsorge in Köln ins Leben gerufen. Sie arbeitet seit September 2020 bei der Fachstelle »[m²] miteinander – mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus« und betreut dort den Bereich Beratung & Begleitung für die Betroffenen von Antisemitismus. Das Angebot richtet sich in Einzel- und Gruppenberatungen an Menschen, die von Antisemitismus bedroht oder betroffen sind, sowie deren Umfeld.

Daniel Vymyslicky hat einen Masterabschluss im Bereich »Geschichte der internationalen Politik« und war zudem freier pädagogischer Mitarbeiter der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf. Er arbeitet seit September 2020 bei der Fachstelle »[m²] miteinander – mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus« und betreut dort den Bereich »Recherche und Dokumentation von antisemitischen Übergriffen«. Die grundlegende Zielsetzung besteht darin, die tatsächlichen Zustände im Bereich antisemitischer Vorfälle anhand der Sammlung und Auswertung empirischer Daten zu ermitteln.

Über den Verein EL-DE-Haus konnten seit Mitte letzten Jahres für zwei langjährig Mitarbeitende jeweils ein Arbeitsvertrag für Geringfügig Beschäftigte (Minijob) eingerichtet werden: **Aaron Knapstein** für den Bereich Recherche von Personenstandsdaten und Unterstützung im Bereich Archiv und Dokumentation sowie **Sigrid Maus** für Transkription und Abschriften von Dokumenten.

Die Stelle für Auszubildende als Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste – Fachrichtung Information und Dokumentation hat seit dem 1. August 2020 **Sigrid Haller-Rübbeck** inne. Die Ausbildung dauert drei Jahre.

Bei den aufgeführten Stellen handelt es sich vor allem um Nachbesetzungen, die Umwandlung von Honorarverträgen in ein befristetes Arbeitsverhältnis und häufig um halbe Stellen. Neu eingerichtet und besetzt wurden nur 1½ Stellen. Insofern sehen Sie uns inhaltlich und personell gut gerüstet für alle zukünftigen Entwicklungen – komme, was wolle.

Werner Jung
Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Zur besonderen Bedeutung von Geschichte für die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Phänomenen am Beispiel der ibs

Als Gedenk-, Forschungs- und Lernort bietet das NS-Dokumentationszentrum zahlreiche Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit den historischen wie auch gegenwärtigen Ausprägungen von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Diese umfassen Rundgänge durch das Museum und die Gedenkstätte, Stadtrundgänge, Vortrags- und Gedenkveranstaltungen, Workshops u.v.m. Das Beispiel des NS-DOK zeigt, dass die Erforschung der NS-Zeit in Köln und das Gedenken an die Opfer des NS-Regimes immer auch auf Gegenwart und Zukunft gerichtet ist und dass sich dieser Gedanke in der Vermittlung widerspiegelt.

Mit der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) wird diese Arbeit seit 2008 ergänzt, erweitert und vertieft. Die ibs bietet zahlreiche Workshops, Seminare und seit 2020 auch online-Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit aktuellen Ideologemen und Erscheinungsformen von Ungleichwertigkeitsvorstellungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an. Dass die ibs-Mitarbeiter*innen historische Reflexionen im Rahmen ihrer Bildungsangebote einbeziehen, ist keineswegs nur dem Arbeitsort Gedenkstätte geschuldet.

Am 8. Mai 1985 betonte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa: »Wer [...] vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.« In Orientierung an dieser zentralen Erkenntnis erfolgt der Einbezug von Reflexionen zur Geschichte in ibs-Bildungsveranstaltungen, weil er schlichtweg notwendig ist, um die historische Gewordenheit, Kontinuitäten und Transformationen, aber auch die Auswirkungen von Rassismus und Antisemitismus zu vergegenwärtigen und Lernende zur kritischen Auseinandersetzung – auch mit eigenen Selbstverständlichkeiten – anzuregen. Die folgenden drei Beispiele verdeutlichen, wie dies umgesetzt wird.

1. Die AfD und das Fortleben nationalsozialistischer Leitmotive

In den völkischen Vorstellungen der extremen Rechten bildet sich wiederkehrend das Erbe nationalsozialistischer Volksgemeinschaftsideen ab. Wenn der AfD-Rechtsausleger Björn Höcke vom »Volksempfinden, das im gesunden Menschenverstand gründe« spricht, so wird die ganze Brutalität dieses Denkens nur vor dem Hintergrund der NS-Geschichte deutlich: Einerseits wird hier eine Volksgemeinschaft imaginiert und angerufen, bei der nationale Herkunft und Verwandtschaft über gesellschaftliche Zugehörigkeit entscheidet. Andererseits ersetzte in der Nazizeit das »gesunde Volksempfinden« die Rechtssicherheit durch verbindliche Gesetzestexte. Die Idee, es gebe so etwas wie ein »Volksempfinden«, ist also eine zutiefst antidemokratische, der diejenigen, die von der extremen Rechten als »Volksfeinde« oder »Volksverräter« ausgemacht werden, einer menschenverachtenden Willkür aussetzt.

Sowohl die traditionelle und neonazistische Rechte, als auch die modernisierte, populistische Rechte nutzt Geschichte zur Legitimation ihrer gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Geschichte avanciert in diesen Spektren, wie der Historiker Michael Sturm hervorhebt, zum »Kulturkampf«, indem ein exklusiv gedachtes Gemeinschaftskonzept gegen ein plurales, inklusives Gesellschaftsverständnis in Stellung gebracht wird.¹

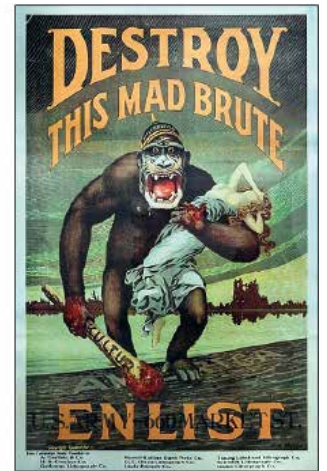
Dies zu verdeutlichen und für den Wert und die Fragilität demokratischer Aushandlungsprozesse zu sensibilisieren, ist zentrales Ziel der Mitarbeiter*innen der ibs in ihrer Bildungsarbeit. Konkretisiert wird dies bspw. in pädagogischen Settings, in denen sich die Teilnehmenden gemeinsam der Folgen einer Verneinung der universalen Gültigkeit von Menschenrechten bewusst machen. Vor allem aber versuchen die Mitarbeiter*innen der ibs Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die eine Demokratie bietet, um gegen Rassismus und Antisemitismus aktiv zu werden.

2. Koloniale Bilder

Wer das Straßenbild der Stadt Köln aufmerksam betrachtet, findet rassistische, antisemitische und sexistische Sticker. Tauchen diese in einzelnen Vierteln gehäuft auf, wird mitunter auch die ibs um Unterstützung gebeten: Nach der Kölner Silvesternacht 2015/2016 beispielsweise wurde ein von einem Hallenser Rechtsextremen produzierter Aufkleber verteilt. Abgebildet ist auf ihm ein vermeintliches Werbeplakat für den US-amerikanischen Film King Kong: Ein menschenähnlicher Primat hält eine weiße Frau in seiner Linken, in seiner Rechten eine Keule, auf der der Begriff »Kultur« aufgemalt ist. Auch ohne ausgeprägte hermeneutische Kenntnisse wird deutlich, dass der »Gorilla« »das bössartige Fremde« symbolisiert, während die weiße Frau, deren Unschuld durch ein weißes Kleid unterstrichen wird, für »das Eigene« steht, das durch »das Andere« existentiell bedroht wird. Zur Vereindeutigung ist auf dem Sticker zu lesen: »Wir müssen unsere Frauen schützen!«



Rechtsextremer Aufkleber, Materialsammlung ibs



Harry Ryle Hopps: Destroy This Mad Brute – Enlist, Lithographie, USA 1917

Die rassismusrelevante Vorstellung, dass Deutsch-Sein mit weiß-Sein verbunden ist, und nicht etwa mit der Frage des Passes, ist im Selbstverständnis vieler sehr präsent. Dass die Zugehörigkeit zum »Wir«, auf das der Sticker Bezug nimmt (»unsere Frauen«), über die Selbst- und Fremdwahrnehmung als »weiß« bestimmt ist, schließt dabei an gesellschaftlich weitgehend etablierte Vorstellungen von Normalität an. Derartige Deutungen sind jedoch nur in einer Begegnung mit dem kolonialen (und letztlich auch nationalistischen) Repertoire des 19. und 20. Jahrhunderts möglich, das sich in die westeuropäischen Gesellschaften eingeschrieben hat und deren Nachwirkungen heute noch spürbar sind.

Tatsächlich handelt es sich bei dem Originalbild um ein US-amerikanisches Propagandaplakat von Harry Ryle Hopps, das während des Ersten Weltkrieges entstand. Es zeigt den deutschen Feind als affenähnliche Bestie mit preußischer Pickelhaube, einem blonden Kaiser Wilhelm-Schnurrbart sowie die beschriebene Keule. Durch



Demonstration Köln 2014, © Stefan Höbl

diese Propaganda sollten US-Amerikaner bewogen werden, sich freiwillig zur US Army zu melden. Durch die Auflösung der »über-raschenden« Herkunft des Bildes bieten sich viele Möglichkeiten, unsere eigenen Vorurteilsstrukturen zu hinterfragen und zu erforschen, inwieweit diese durch koloniale Muster geprägt sind. Dazu hält die ibs verschiedene Bilder bereit, in denen sich die Projektion auf Schwarze Menschen als »animalisch«, »naturverbunden« oder »wild« zeigen und in denen der Gegensatz zu dem als »zivilisiert« gelesenen Weißen deutlich wird. In der Fortbildungspraxis wird vielen Teilnehmenden oft erst dadurch bewusst, wie stark solche diskriminierungsrelevanten Bilder im kollektiven Gedächtnis unserer Gesellschaft verankert sind. Häufig ist das der erste Schritt, um auch eigene Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsweisen zu reflektieren und Veränderungsprozesse anzustoßen.

In der Zusammenarbeit mit Schüler*innen vermeiden es die ibs-Mitarbeiter*innen derartige Bilder zu zeigen, weil sie rassistische oder anderweitig diskriminierende Inhalte nicht reproduzieren möchten. Dabei besteht ein grundlegendes Dilemma darin, dass ein Sichtbarmachen von diskriminierenden Vorstellungen und Bildern sowie den damit verbundenen gesellschaftlichen Diskriminierungsverhältnissen nur schwer möglich ist, ohne sie zu reproduzieren. Zum einen besteht die Gefahr, dass entsprechende Vorstellungen verstärkt werden. Zum anderen werden etwaig anwesende Betroffene durch die Referierenden und deren Handeln bzw. ihre Materialauswahl abermals mit diskriminierenden Bildern konfrontiert, die für sie oftmals zum Alltag gehören, und erleben die Diskriminierung erneut. Ein Versuch, dem entgegenzuwirken, ist das Nutzen von potenziell empowernden Materialien. So können z. B. Bilder ausgewählt werden, auf denen sich Menschen gegen Diskriminierung positionieren. Über den Einsatz dieser ist niemand gezwungen, mit Rassismus reproduzierendem Material zu arbeiten. Die Praxis zeigt, dass sich insbesondere anhand empowernder Materialien spannende Diskussionen entwickeln.²

3. Antisemitische Narrative

Auf Initiative des NS-Dokumentationszentrums wurde im Jahr 2019 die Fachstelle [m²] miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus von der Stadt Köln geschaffen und im Jahr 2020 personell und bezogen auf das Kompetenzspektrum weiter ausgebaut. Die Fachstelle mit ihrem Schwerpunkt Antisemitismus ist Teil der ibs und damit ein wesentlicher Bestandteil der Vermittlungsarbeit. In den Bildungsangeboten von [m²] motivieren die Mitarbeiter*innen Menschen, sich aktiv für eine gleichberechtigte Gesellschaft und ein solidarisches Miteinander zu engagieren, einem miteinander mittendrin in der Gesellschaft. Daneben bestärken sie Menschen darin, sich gegen Antisemitismus und Rassismus zu positionieren und die Courage zu zeigen, sich diesen menschenverachtenden Ideologien entgegenzustellen.

Konkretisiert wird dies u. a. in lebensweltbezogenen sowie multimedial aufbereiteten Angeboten für Schüler*innen, Jugendliche und junge Erwachsene. Neben einführenden Basis-Workshops zum Antisemitismus gibt es auch ein darauf aufbauendes dreistündiges Workshopangebot unter dem Titel »Nur Kritik, oder was? Antisemitismus unter dem Deckmantel der ›Kritik am Staat Israel‹«. Darin steht die multiperspektivische Annäherung an die israelische Gesellschaft und den Nahostkonflikt im Zentrum. Zum Einsatz kommen unter anderem Bilder, HipHop-Texte und Internetkommentare zu israelbezogenem Antisemitismus. Der antisemitische Charakter wird oftmals erst dann in seiner gesamten Dimension deutlich, wenn die Geschichte der manchmal Jahrhunderte alten jüdenfeindlichen Stereotype erläutert wird.

Mit Multiplikator*innen wird so zum Beispiel über den Spruch »Israel trinkt das Blut unserer Kinder aus den Gläsern der UN« diskutiert, der auf einem Plakat zu lesen war, das eine Teilnehmerin auf einer propalästinensischen Demonstration in Köln 2014 mit sich führte. Derartige Demonstrationen gab es in diesem Jahr bun-

des- und sogar weltweit, nachdem Israel auf den anhaltenden Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen mit einer Militäroperation reagierte. In den Bildungsangeboten wird die Frage aufgeworfen, ob und inwiefern der Spruch antisemitisch ist. »Eindeutig, das mit dem Blut kennt man doch schon aus dem Mittelalter« sind Reaktionen mancher, andere positionieren sich gegen die Einordnung als antisemitisch – werde doch auf den Staat Israel rekurriert und nicht etwa auf Jüdinnen und Juden. Und das mache doch Antisemitismus aus...

Mit dem Einbezug dieses Bildes sind dreierlei Ziele verbunden:

Einerseits wird deutlich gemacht, dass der Spruch auf dem Plakat eine moderne Version der Ritualmord- und Blutkultlegenden ist, denen nach Juden vorgeworfen wurde, Christenknaben zu entführen und zu ermorden, um deren Blut für rituelle Zwecke zu nutzen. Dieser Vorwurf – der wie andere antisemitische Ideen nicht den Hauch eines Wahrheitsgehaltes aufweist – tauchte erstmals im 12. Jahrhundert auf und wurde zu einem zentralen Stereotyp des christlichen Antijudaismus. Die Legende bewirkte historisch Pogrome gegen Jüdinnen und Juden, Lynchmorde an den Beschuldigten, ihren Angehörigen und Gemeinden.

»Neu« an dem angeführten Spruch ist in der Tat, dass sich der Blutkult-Vorwurf nicht gegen Jüdinnen und Juden richtet, sondern auf Israel bezogen ist, wobei die antisemitische Idee darin sich nicht veränderte. Dies verweist auf das, was als zweites Ziel mit der Nutzung des Bildes verbunden ist: In der Antisemitismusforschung wird das, was sich in dem Spruch erkennen lässt, als Umwegkommunikation beschreiben. Auch wegen weitgehender Tabuisierungen des antisemitischen Sprechens über Jüdinnen und Juden nach dem Zivilisationsbruch der Shoah veränderte sich der Antisemitismus, wobei sich im Kern viele Kontinuitäten zeigen. Referenzen, auf die mit den altbekannten Stereotypen abgezielt wird, sind nunmehr – entsprechend der Umwegkommunikation – »die Rothschilds«, »die Zionisten« oder eben »Israel bzw. Israelis«.

Das dritte Ziel der Nutzung des Bildes besteht letztlich darin, Menschen in der sensiblen Wahrnehmung von Antisemitismus zu stärken. Nicht zuletzt erfolgt dies über die Frage, wo Kritik am Staat Israel endet und wo Antisemitismus beginnt. Gerade der »Blut trinken«-Spruch eignet sich, um deutlich zu machen, dass Antisemitismus und Kritik zwei grundlegend verschiedene Kommunikationsformen darstellen.

Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft

Heinrich Heine betont: »Der heutige Tag ist ein Resultat des gestrigen.« In Anlehnung an dieses Zitat lässt sich formulieren: »Der morgige Tag ist Resultat des heutigen.« Wie anhand der oben angeführten Beispiele deutlich gemacht wurde, fallen Ideen nicht freijeglichen Kontextes vom Himmel. Vielmehr sind sie Teil des kollektiven und immer auch historisch sich entwickelnden Wissensspeichers unserer Gesellschaft. Für die ibs-Mitarbeiter*innen gilt es, nicht zu verdrängen: antidemokratische Phänomene sind gewordene Phänomene. Sie als solche in den Blick zu nehmen, eröffnet vertiefende Möglichkeiten, sie zu verstehen – und sich entsprechend demokratisch dagegen zu positionieren. In diesem Sinne versteht es die ibs als ihre Aufgabe, gemeinsam heute an einem Morgen zu arbeiten, an dem Phänomene wie Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben.

Hans-Peter Killguss und Stefan Höbl

¹ Michael Sturm: Geschichtspolitik als Kulturkampf – Der Gebrauch von »Geschichte« im aktuellen Rechtspopulismus, in: Michael Parak/Ruth Wunnicke (Hrsg.): Vereinnahmung von Demokratiegeschichte durch Rechtspopulismus, Berlin 2019, S. 21.

² Ilja Gold, Felicia Köttler: Zentrale Aspekte unserer Bildungsarbeit zu Rassismus und Diskriminierung«, in: LVR jugendhilfereport 2.20, Köln 2020, S. 26–28.

Gedenkveranstaltung »Erinnern – Eine Brücke in die Zukunft« wegen Corona abgesagt

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, die Entscheidung ist uns schwer gefallen, aber der verschärfte Lockdown aufgrund der Coronapandemie bis zum 31. Januar zwingt uns leider dazu:

Die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar in der Antoniterkirche kann in diesem Jahr nicht stattfinden.

Da eine Präsenzveranstaltung nicht möglich ist, wäre noch eine gestreamte Veranstaltung zu überlegen gewesen. Die beteiligten Schauspieler*innen und auch wir als Projektgruppe, die die Veranstaltung vorbereitet haben, sind der Meinung, dass diese Veranstaltung davon lebt, live und mit Publikum stattzufinden.

Außerdem wären bei einem Livestream zwangsläufig auch weit mehr als die erlaubten 2 Haushalte an der Durchführung beteiligt.

Eine Filmproduktion, bei der die verschiedenen Elemente der Veranstaltung, Grußworte, Textcollage durch die Schauspieler*innen vorgetragen und die Musikbeiträge einzeln aufgenommen und zusammengeschnitten werden, ist aufwendig und bis Ende Januar unter Coronabedingungen nicht zu realisieren.

Das geplante Thema »Gesundheitswesen in Köln in der NS-Zeit« wird am 27. Januar 2022 nachgeholt.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Projektgruppe 27. Januar

Ulrike Bach, Irene Franken, Beate Gröschel, Klaus Stein

Erinnern – Eine Brücke in die Zukunft

Wir gedenken der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz und der Millionen Opfer des Nationalsozialismus.

Dieses Mal richten wir unseren Blick auf die Kölner Gesundheitspolitik während der NS-Diktatur. Grundlegend für sie waren Hitlers Ausführungen in „Mein Kampf“: *„Der Staat muss Sorge tragen, dass nur, wer gesund ist, Kinder zeugen darf. Umgekehrt aber muss es als verwerflich gelten, gesunde Kinder dem Staat vorzuhalten.“* (1925)

Direkt ab 1933 missbrauchen die Nazis das öffentliche Gesundheitswesen für ihre menschenverachtende Selektionspolitik. Ärzt*innen verletzen den im hippokratischen Eid festgelegten Leitgedanken, die Würde jedes einzelnen Kranken zu achten und ihn vor Schaden zu bewahren. Dem Nationalsozialismus dagegen geht es um die „Gesundheit des Volkskörpers“ und um „Rassenhygiene“. Die Ärzteschaft wird zu einer der wichtigsten Säulen zur Durchsetzung der ‚Rasse‘-Politik. Mit dem NS-Ärztbund bilden sie bald die größte Berufsgruppe innerhalb einer Parteiorganisation. Für die Bevölkerung wiederum wird es als Pflicht definiert, gesund und leistungsfähig zu sein, um dem Staat dienen zu können.

Die Nazis können dabei an Tendenzen anknüpfen, die bereits in der Weimarer Zeit in der Ärzteschaft kursierten. So ist auch ein Kölner Behördenleiter schon in den 1920ern auf sozialdarwinistischem Kurs. **Dr. Carl. Coerper**, seit 1926 Beigeordneter für das Gesundheitswesen, richtet schon bald nach seinem Amtsantritt eine „Eugenische Eheberatungsstelle“ ein.

Am 14. Juli 1933 wird das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses verkündet. Angeblich erbkrank Menschen werden zum Objekt staatlicher Verfügungsgewalt. Bereits ab 1934 werden auch Rom*inja und Sinti*ze auf der Grundlage des Gesetzes vor allem unter der vermeintlichen Diagnose des „angeborenen Schwachsinn“ zwangssterilisiert. Aus den Akten des **Erbgesundheitsgerichts Köln** geht hervor, dass ca. 4.000 Zwangssterilisationen an Kölner*innen durchgeführt werden, ein Drittel davon allein in der Frauenklinik unter der Leitung von Prof. Naujoks.

Dem „Erbgesundheitsgesetz“ folgt 1939 das „**Euthanasie-Massenmordprogramm**“. Allein auf dem Westfriedhof liegen etwa 2.000 Euthanasieopfer, die in Heil- und Pflegeanstalten selektiert und durch Gas, Medikamente oder Hunger ermordet wurden.

Zur NS-Gesundheitspolitik gehört die Verfolgung jüdischer wie auch sozialistischer Ärzt*innen und Schwestern und die Diskriminierung jüdischer Patient*innen: Ab 1937 dürfen jüdische Kranke nicht mehr in Städtische Kliniken aufgenommen werden, auch wenn dies teilweise heimlich noch geschieht. Jüdische Ärzt*innen werden ab 1933 aus Stellungen in der Gesundheitsverwaltung, Kliniken und Krankenhäusern gekündigt und seit 1938 durch Entzug der Approbation gänzlich aus ihrem Beruf gedrängt.

Beispielhaft ist das Schicksal der jüdischen Ärztin **Erna Rüppel**. Sie wächst in Köln auf. Nach dem Abitur studiert sie in Bonn und wird Kinderärztin. Zusammen mit ihrem Mann Hans Rüppel lässt sie sich 1927 in Solingen nieder. Beide führen eine eigene Praxis. Aber Erna Rüppel muss als Jüdin ihre Praxis aufgeben. Auch ihre sogenannte „Mischehe“ wird zum Verhängnis. Wenige Jahre kann sie als „Krankenheilerin“ am Israelitischen Krankenhaus in Ehrenfeld arbeiten. In beeindruckender Weise nimmt sie ihr Schicksal in die eigenen Hände.

Bei der medizinischen **Versorgung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter**, die seit Kriegsbeginn aus den besetzten Gebieten nach Köln verschleppt wurden, steht allein die Wiederherstellung der Arbeitskraft im Vordergrund. Nur wenn Aussicht auf Heilung besteht, werden sie behandelt. Ernsthaft zu erkranken bedeutet oft den Tod.

Seit 1948 bekennt das „Genfer Gelöbnis“ des Weltärztebundes: *„Als Mitglied der ärztlichen Profession gelobe ich feierlich, mein Leben in den Dienst der Menschlichkeit zu stellen. Die Gesundheit und das Wohlergehen meiner Patientin oder meines Patienten werden mein oberstes Anliegen sein. Ich werde nicht zulassen, dass Erwägungen von Alter, Krankheit oder Behinderung, Glaube, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, politischer Zugehörigkeit, Rasse, sexueller Orientierung, sozialer Stellung oder jeglicher anderer Faktoren zwischen meine Pflichten und meine Patientin oder meinen Patienten treten.“*

Das Genfer Gelöbnis ist Teil der Berufsordnung der deutschen Ärzt*innen. Daran ist auch heute immer wieder zu erinnern.

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ – Schwur der überlebenden Männer und Frauen des KZ Buchenwald von 1945

10 AUS ANDEREN INITIATIVEN

Einladung zur Online-Gedenkstunde am 27. Januar 2021

Liebe Freundinnen und Freunde des Lern- und Gedenkorts Jawne, wir möchten Sie sehr herzlich auch in diesem Jahr zu einer Online-Gedenkstunde am 27. Januar 2021 einladen.

Wie immer ist dies eine gemeinsame Veranstaltung der Synagogen-Gemeinde Köln, des Katholischen Stadtdekanats und des Evangelischen Kirchenverbands Köln und Region in Verbindung mit dem Arbeitskreis Lern- und Gedenkort Jawne.

Da wir uns aufgrund der Pandemie diesmal nicht gemeinsam am Löwenbrunnen treffen können, haben alle Beteiligten Videobeiträge erstellt, die zu einer Online-Gedenkstunde zusammengefügt werden.

Der Film zu dieser Gedenkstunde wird am **27. Januar um 12.30 Uhr** auf www.kirche-koeln.de veröffentlicht und kann auch auf anderen Webseiten verlinkt oder eingebettet und gezeigt werden. Es besteht also die Möglichkeit, die Gedenkstunde um 12.30 am eigenen Computer und doch gemeinsam mit anderen zu erleben – oder natürlich auch zu einem späteren Zeitpunkt. Den genauen Link zum Video werden wir nachreichen, sobald das Video fertiggestellt ist. – Es wäre schön, wenn sich viele beteiligen und andere auf das Video aufmerksam machen!

Unser herzlicher Dank gilt allen Beteiligten der Evangelischen und Katholischen Kirche, der Synagogen-Gemeinde Köln, der Stadt Köln und der drei beteiligten Schulen: Thusnelda-Gymnasium Köln,

Schiller-Gymnasium Köln und Collegium Josephinum Bonn. Und wir danken dem Amt für Presse und Kommunikation des Ev. Kirchenverbandes für die technische Realisierung dieses Projektes!

Aufmerksam machen möchten wir außerdem auf ein neues Angebot: **Schüler-Workshops online**

Leider entfallen schon seit dem ersten Lockdown die Workshop-Angebote im Lern- und Gedenkort Jawne für Schülerinnen und Schüler. Nun aber besteht die Möglichkeit, rund um den 27.1. per Videokonferenz online kurze Workshops durchzuführen. Dies setzt auf Seiten der Schüler Vorkenntnisse voraus, da in der Seminarzeit von 60-70 Minuten nur Ausschnitte bearbeitet werden können. Wir freuen uns über Ihr Interesse - sprechen Sie uns an! Weitere interessante Recherche-Möglichkeiten werden sich in Kürze über die neugestaltete Webseite ergeben.

Natürlich hoffen wir, dass möglich bald wieder Workshops und Führungen in Präsenz-Form möglich sein werden!

Mit herzlichen Grüßen

Ursula Reuter und Rainer Lemaire
für den AK Lern- und Gedenkort Jawne

Lern- und Gedenkort Jawne, Köln

info@jawne.de | www.jawne.de

www.kindertransporte-nrw.eu

www.kindertransport-17uhr13.de

www.leftovers.eu



11 AUS ANDEREN INITIATIVEN

Ausstellungsprojekt: Wir kommen in die Schule Die Cellistin von Auschwitz – Die Geschichte von Anita Lasker-Wallfisch

Ehrung für Anita Lasker-Wallfisch

Im Dezember 2020 hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den Holocaustüberlebenden Anita Lasker-Wallfisch und Henrietta Kretz für ihr Engagement als Zeitzeuginnen das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Da aufgrund der Corona-Pandemie keine persönliche Begegnung möglich ist, hat er den beiden Ordensträgerinnen handschriftliche Briefe geschickt.

An Frau Lasker-Wallfisch, die heute in London lebt, schrieb der Bundespräsident: *»In herausragender Weise haben Sie sich, liebe Frau Lasker-Wallfisch, darum verdient gemacht, dass die Erinnerung an den Holocaust gegenwärtig bleibt. Vor mehr als 25 Jahren sind Sie erstmals wieder nach Deutschland zurückgekommen und haben seitdem in Schulen und Gedenkstätten vor allem mit jungen Menschen über den Holocaust und die Lehren für die Zukunft gesprochen. Mit Ihren zutiefst eindringlichen Reden und Ihren Interviews halten Sie die Erinnerung an den Völkermord an den Juden Europas auch für die nachfolgenden Generationen wach. Seit Jahrzehnten sind Sie damit eine der wichtigsten Stimmen gegen Antisemitismus, Rechtstextremismus und Rassismus. Dafür danke ich Ihnen, auch im Namen meiner Landsleute, ganz herzlich.«*

Buch ist Grundlage für eine Ausstellung

Die Lebensgeschichte von Anita Lasker-Wallfisch steht auch im Mittelpunkt des Kinderbuchs »Du wirst gerettet werden«, das Barbara Kirschbaum (bis Anfang 2020 Museumspädagogin im NS-DOK) zusammen mit dem Maler Lukas Ruegenberg im Mai letzten Jahres veröffentlicht hat (siehe Rezension im EL-DE-Haus-Info Nr. 85, Seite 12).

Auf Grundlage dieses Buches ist jetzt eine mobile Ausstellung entstanden, die aus 12, bzw. 20 Tafeln die Lebensgeschichte nachzeichnet. Gestaltet von Georg Bungarten zeigen die Tafeln mit verkürztem Text und den Zeichnungen eine kindgerechte Sicht auf die Lebensgeschichte der Schwestern Anita und Renate Lasker. Die Begriffe Verfolgung und Massenvernichtung der Juden, Konzentrationslager werden einfach erklärt und sind somit für Kinder zwischen 8 und 13 Jahren sehr geeignet. Auch für Personen, die mit der deutschen Geschichte und Sprache weniger vertraut sind erschließen sich so diese Begriffe umfassend.

Unterstützt wurde die Ausstellung mit Mitteln von »Demokratie leben!«, weitere Fördergelder sind beantragt. Eine Fassung von 12 Tafeln (100 x 200 cm) ist bereits einsatzbereit.

Gegen eine geringe Leihgebühr, die für eventuelle Ersatztafeln, Versand, Aufbau etc. erhoben wird, kann die Ausstellung zukünftig ausgeliehen werden. Da die Schulklassen z.Zt. keine Ausflüge machen, kommt die Ausstellung in die Schulen und kann im Klassenraum oder einer kleinen Aula oder auf dem Schulflur einfach aufgestellt werden – es ist keine Aufhängung oder Befestigung erforderlich. Das Material der Tafeln ist nach der Brandschutzverordnung zertifiziert.

Parallel sind Fördermittel für den Aufbau einer Website beantragt, worüber der Austausch zwischen den Schüler*innen begleitet und Diskussionen entwickelt werden. Alle Schüler*innen können im Anschluss des Ausstellungsbesuchs ein Feedback über einen Fragebogen abgeben.



Es ist geplant die Ausstellung ab 16. Juni 2021 im Gewölbe des NS-DOK zu zeigen.

Fragen und Kontakt zum Ausstellungsprojekt:

Barbara Kirschbaum
barbara.kirschbaum@posteo.de
Mobil 0151 56966204 oder

Georg Bungarten
bungarten@netcologne.de
Mobil 0179 9149198

P.S. Am 03. Januar 2021 ist die ältere Schwester von Anita, Frau Renate Lasker-Harpprecht, im Alter von fast 97 Jahren verstorben. Sie lebte mit ihrem Mann Klaus Harpprecht seit den 80er-Jahren an der Cote d'Azur und engagierte sich ähnlich wie Anita als Autorin und Journalistin für Verständigung und Toleranz.



Verleihung des Bilz-Preises an das KulturForum TürkeiDeutschland

Lange war unklar, ob die Preisverleihung am 3. Dezember 2020 nicht doch im NS-DOK mit wenig Präsenzpublikum stattfinden könnte, oder ganz ohne Publikum aber mit Live-Übertragung. Viele Ideen wurden entwickelt und verworfen, bis wir dann schließlich wegen des Lockdowns und der Unsicherheit, wie lange der Lockdown dauern wird, die erste Zoom-Preisverleihung organisiert und durchgeführt haben.

Wir – das sind Dr. Fritz Bilz, Dr. Werner Jung, der übrigens auch Vorstandsmitglied der Bilz-Stiftung ist, der Schriftsteller Doğan Akhanlı, der die Laudatio hält, Osman Okkan, Journalist und Mitbegründer des KulturForum TürkeiDeutschland, und ich, Çiler Firtına, die Moderatorin in der Online-Preisverleihung.

Kurz vor dem 3. Dezember kamen bei Fritz Bilz dann noch ernste gesundheitliche Probleme hinzu, so dass seine Rede, die Sie nachfolgend lesen können, vorher aufgezeichnet werden musste. Doch keine Sorge, Fritz Bilz geht es wieder gut!

Ja, in diesen Zeiten lernen wir mit Zoom und anderen Online-Formaten umzugehen. Eine stabile Internetverbindung ist unverzichtbar! Gute Beleuchtung, die richtige Ausrichtung der Kamera, nicht zu viel gestikulieren, sich beim Sprechen nicht zu weit nach vorn zur Kamera beugen, denn sonst ist man in Großaufnahme zu sehen.

Sehen Sie hier die Bilz-Preisverleihung 2020:
<https://www.youtube.com/watch?v=-tNchD6j1Ew>

Çiler Firtına

Rede zur Bilz Preisverleihung am 3. Dezember 2020

Beginnen möchte ich meine Rede mit einem Blick auf die deutsche und türkische Politik, deren Auswirkungen die Arbeit des KulturForums Türkei Deutschland bestimmen.

Richten wir zunächst unser Augenmerk auf die Politik Erdogans in der Türkei. Geprägt vom Islamismus und übersteigertem Nationalismus hat das Regime die Gesellschaft in der Türkei stark polarisiert und eine Pogromstimmung erzeugt. Das zeigt sich an gewalttätigen Aktionen gegenüber Kurden und armenischstämmigen Menschen. Wer sich für Frieden in der Region Berg Karabach ausspricht, wird als Verräter beschimpft und von Nationalisten mit Gewalt bedroht.

Gesellschaftliche Werte werden zersetzt, Vorurteile werden verstärkt. Das drückt sich aus in Lynchangriffen gegen Armenier und Kurden. Nicht die Gewalttäter werden angeklagt, stattdessen Urteile gegen tausende kritische und oppositionelle Bürger, Journalisten, Akademiker, Künstler und Politiker, erlassen, die unter den Generalverdacht der Terrorunterstützung gestellt werden. Die Gewalt gegenüber Frauen wächst bis hin zu deren Ermordung, ebenso sexuelle Gewalt gegen Kinder.

Erdogan setzt das Parlament als Legislative außer Kraft und regiert mit Dekreten und Erlassen. Er lässt Bürgermeister verhaften und entsendet Zwangsverwalter. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Lehrkräfte ersetzt er durch islamisch-konservative Organisationen und Absolventen der Imamschulen.



13 AUS ANDEREN INITIATIVEN

Seine osmanischen Großmachtphantasien führen zu Aggressionen und Kriegen gegenüber den Nachbarn. Dieses kriegerische Verhalten soll vom wirtschaftlichen Desaster ablenken. Die Korruption im Lande hat nie dagewesene Dimensionen erreicht.

Aber auch nach Deutschland streckt Erdogan seine Finger aus. Über hier lebende AKP-Anhänger und ihre Organisationen schickt er Nationalismus und Islamismus in unser Land. Nationalisten spionieren oppositionelle Kurden und Türken in Deutschland aus, denunzieren und bedrohen sie. Kritisiert man dieses Verhalten, pochen sie hier auf Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit und Organisationsfreiheit - Werte, die sie selbst in ihrem Land ablehnen und unterdrücken. Erdogan-Kritiker wie Can Dündar oder Cem Özdemir werden bedroht und brauchen Personenschutz. Gegner des Erdogan-Regimes werden als »Terroristen« verunglimpft. Gleichzeitig wird Deutschland, wenn es sich schützend vor diese Menschen stellt, als Unterstützer von »Terroristen« beschuldigt.

Das sind die Rahmenbedingungen für die Arbeit des KulturForum Türkei Deutschland. Es hat sich gegründet, um gegen diesen von der AKP-Regierung geschürten Hass zu wirken. Ein friedliches Miteinander von Türken, Kurden und Armeniern ist sein Ziel. Um dies zu ermöglichen, braucht es politische Forderungen an die deutsche Bundesregierung, um Erdogan und seiner AKP-Regierung die Grenzen aufzuzeigen:

- Sofortiger Stopp aller Waffenlieferungen an die Türkei, denn diese dienen der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung. Sie dienen der kriegslüsternen Politik der Türkei gegenüber Armenien, Syrien, Libyen und Libanon und richten dort großes Unheil unter der Zivilbevölkerung an.
- Die Lieferungen geschehen trotz des mit großer Mehrheit beschlossenen Waffenembargos gegenüber den Staaten, die in Krisengebieten an Kriegen beteiligt sind. Immer wieder schafft es die deutsche Waffenlobby mit ihrem Interessenvertreter der Deutschen Gesellschaft für Wehrkunde – dem deutschen Pendant der verbrecherischen amerikanischen National Rifle Association – dieses Waffenembargo zu durchbrechen.
- Genau wie die Verbrechen Deutschlands der NS-Zeit aufgearbeitet wurden, muss eine Aufklärung über die Verbrechen des Osmanischen Reiches, der späteren Türkei gegen die Armenier, Kurden und Griechen erfolgen, die oft mit logistischer Unterstützung durch das Deutsche Reich als Bündnispartner geschahen.
- Die Oppositionsbewegungen in der Türkei müssen finanzielle, logistische und publizistische Unterstützung durch Deutschland bekommen.
- Alle finanzielle Unterstützung der Türkei muss gestoppt werden, solange die AKP-Regierung mit Erdogan am Ruder ist.
- Die AKP Aktivitäten in Deutschland müssen streng kontrolliert und unterbunden werden.

Das KulturForum Türkei Deutschland braucht Unterstützung. Es muss endlich mit einer dauerhaften soliden finanziellen Unterstützung ausgestattet werden und entsprechende Räume müssen für seine verdienstvolle Arbeit von der Stadt erhalten.

Es ist ein Trauerspiel, dass sich die Zuschussgeber nicht einig sind, ob aus dem Kulturretat, dem Etat der Integrationsbehörde oder dem Topf für Migration Geld fließen soll. Sie schieben den schwarzen Peter hin und her und keiner fühlt sich für zuständig. Die Stadt Köln muss Fördermöglichkeiten finden, um diese Informations-, Aufklärungs- und Beratungsarbeit zu finanzieren. Es ist in unserem Interesse, dass diese wertvolle Organisation, das KulturForum Türkei Deutschland, sich auf eine sichere und dauerhafte Finanzierung verlassen kann.

Beenden möchte ich meine Rede mit einem Gedicht des türkischen Schriftstellers Nazim Hikmet, der 1963 im Moskauer Exil gestorben ist und fast 15 Jahre seines Lebens in türkischen Gefängnissen verbracht hat. Er schrieb dieses Gedicht im Gefängnis in den 1940er Jahren. Es geht über sein Land:

*Es jagt im Galopp aus Mittelasien daher
und streckt seinen Stutenkopf ins Mittelmeer
unser Land.*

*Füße nackt, Zähne geklammert, blutig die Hand,
ein Boden, wie seidener Teppich so weich,
ist unsere Hölle, ist unser Himmelreich.
Nie mehr sollen Menschen Knechte von Menschen sein!
Die Erde ist weit, ohne Grenzen, wir laden euch ein,
kommt bald!*

*Leben, einzeln und frei wie ein Baum
und brüderlich wie ein Wald,
ist unser Traum ...*

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

© Dr. Fritz Bilz

Köln, den 04.11.2020

Stolpersteine für Alice und Kurt Bachmann

Voraussichtlich am 22. oder 23. Februar 2021 (abhängig vom Stand der Corona-Pandemie) werden für Alice und Kurt Bachmann an ihrem letzten Wohnort in der Euskirchener Straße 21 in Köln-Sülz Stolpersteine verlegt. Die VVN-BdA Köln hat die Patenschaft für die Steine übernommen. Sie sollen nach derzeitigem Stand folgende Inschriften tragen:

Hier wohnte
ALICE BACHMANN
geb. Wertheim

Jg. 1914
Flucht 1938 Frankreich
deportiert 1942
Auschwitz
ermordet.

Hier wohnte
KURT BACHMANN

Jg. 1909
im Widerstand/KPD
Flucht 1938 Frankreich
deportiert 1942
Auschwitz, verschiedene Lager
befreit 11.4.1945
Buchenwald.

Wer waren die beiden Menschen, derer hier gedacht wird?

Kurt Bachmann wird am 22. Juni 1909 in Düren geboren. 1924 geht er nach Köln, wo er eine Lehre als Ledersortierer beginnt, arbeitet ab 1928 in einer Gerberei in Luxemburg. Als aktiver Gewerkschafter, der sich der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) angeschlossen hatte, wird er fristlos entlassen. 1932 wird er Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).

Nach der Machtübertragung an die Faschisten 1933 arbeitet er im Widerstand, übernimmt im Rheinhafen in Neuss von holländischen Rheinschiffern Druckschriften der Amsterdamer Exilleitung der KPD, verteilt Flugblätter, malt Parolen, organisiert Schulungskurse. 1936 heiratet er seine jüdische Frau Alice, mit der er 1938 nach Südfrankreich emigriert.

1939 wird Kurt von der französischen Polizei verhaftet und zusammen mit Spanienkämpfern in einem Lager inhaftiert, aus dem er 1940 fliehen kann. Danach wird er für die illegale Leitung der KPD in Toulouse tätig und 1942 erneut verhaftet.

Kurt und Alice Bachmann werden der Gestapo überstellt und in Richtung Osten deportiert. Alice Bachmann wird im Vernichtungslager Auschwitz ermordet. Für Kurt beginnt eine Odyssee durch die KZs Johannisdorf, Ratibor, Blechhammer und schließlich Buchenwald. Überall arbeitet er für die jeweiligen illegalen Häftlingsorganisationen der KPD.

Nach der Befreiung 1945 kehrt Kurt Bachmann nach Köln zurück, baut die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) mit auf, ist zeitweise als Sekretär der KPD-Bezirksleitung Mittelrhein tätig und arbeitet von 1950 bis zum von der Regierung Adenauer veranlassten Verbot seiner Partei im KPD-Parteivorstand. Später wirkt er als Journalist und Bonner Korrespondent der antifaschistischen Wochenzeitung »Die Tat«.

1968 ist Kurt Bachmann einer der Initiatoren der Gründung der DKP, bis 1973 ihr Vorsitzender. Viele Jahre ist er Mitglied des Präsidiums des DKP-Parteivorstandes. Er gehört dem Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten an und dem Generalrat der Fédération Internationale des Résistants (FIR – Internationale Föderation der Widerstandskämpfer).

Obwohl bundesweit tätig, bleibt er dennoch seiner Stadt Köln und den örtlichen demokratischen Bewegungen stets aktiv verbunden. Viele antifaschistische und Friedensaktionen in Köln, wo er mit seiner zweiten Frau Marianne bis zu seinem Tod am 23. Februar 1997 lebte, sind mit seinem Namen und seinen Aktivitäten verbunden.

Ulrike Bach

In Köln kein Platz für Rassismus

In den vergangenen Jahren hat sich ausländer- und migrationsfeindliche Propaganda leider massiv verbreitet, zum einen durch die AFD mit örtlich verbundenen rechtsextremen Organisationen wie z.B. »Pegida« sowie in den sozialen Netzwerken Facebook, Twitter oder Instagram. Die Zivilgesellschaft hielt und hält dagegen, aber das reicht nicht mehr. Die Mehrheitsgesellschaft muss den lauthals und aggressiv verbreiteten Hetzparolen deutlicher und sichtbarer entgegenreten. »Kein Veedel für Rassismus« in Köln hat mit der tollen Banner-Aktion im Sommer/Herbst 2020 gezeigt, wie die Zivilgesellschaft erfolgreich agieren kann. Über 14.000 Fahnen wurden in Schaufenstern von Geschäften und in Privatwohnungen aus den Fenstern und Balkonen sichtbar ausgehängt.

Der Rom e.V. und der Verein EL-DE-Haus haben im Dezember 2020 beschlossen, dem Beispiel Leverkusen »LEV ist BUNT« zu folgen, auch für Köln eine RESPEKT-Beschilderung zu initiieren. Der Wortlaut:

»RESPEKT! – gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus.«

Auf Anregung des Vereins hat das politisch breiteste Bündnis »Köln stellt sich quer« (KSSQ) beschlossen, für Köln den Start zu dieser Aktion zu übernehmen. Der Rat der Stadt Köln möge beschließen, für das Historische Rathaus, den Spanischen Bau und das Technische Rathaus in Deutz sowie für alle Bezirksrathäuser und dezentral gelegene Dezernate der Stadt eine einheitlich gestaltete Beschilderung vorzunehmen.



Beispiel aus Mannheim
Foto: Wikipedia

Darüber hinaus könnten auch die Städtischen Museen in diese Beschilderung einbezogen werden. Auch sind alle Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Verbände, Schulen, Bildungseinrichtungen der Stadt aufgerufen, diesem Beispiel zu folgen – so wie es bundesweit bereits vielfach geschehen ist. So hat die IG Metall von 2011 bis 2016 ihre Schilderaktion als Projekt durchgeführt und bundesweit ca. 2.000 Schilder an zahlreichen Gebäuden der IGM, an kommunalen Einrichtungen, Sportstadien und Betrieben angebracht!

Bundesweite Aktionen in Kommunen, Öffentlichen Einrichtungen, Volkshochschulen, Sportvereinen, Kirchen, Religionsgemeinschaften, die solche Beschilderungs-Aktionen durchführen, zeigen Wirkung. Sie sind nicht nur eine symbolisch wirksame Öffentlichkeits-Demonstration, ihre kreativen Beispiele machen deutlich, dass damit auch viele (junge) Menschen aktiv das Bild einer humanen Gesellschaft vermitteln, mit der sich die meisten Menschen identifizieren können – und Rassismus, Intoleranz und Hetze widerstehen.

Beispiel Frankfurt/M.: Die AFD-Fraktion forderte am 4. Dezember 2019 die Entfernung der 2014 angebrachten Hinweistafel »Respekt! Kein Platz für Rassismus« am Rathaus Römer. Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) verweigerte eine von der AFD verlangte Unterlassungserklärung. Die RESPEKT-Initiative stieß danach auf breite Solidarität.

In Eurem / Ihrem Internet-Browser sind unter »Respekt-Aktion« eindrucksvolle Beispiele zu finden.

Hajo Leib

Erinnern für die Wachsamkeit

75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz



GEDENKVERANSTALTUNG ZUM 9. NOVEMBER 1938 82. JAHRESTAG DER REICHSPOGROMNACHT

Erinnern für die Wachsamkeit:

Gedenkveranstaltung zum 82. Jahrestag der Reichspogromnacht 1938

Unter dem Titel »Erinnern für die Wachsamkeit« hatten die Synagogen-Gemeinde Köln und die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit gemeinsam zur Gedenkveranstaltung zum 82. Jahrestag der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 eingeladen. Aufgrund der aktuellen Pandemie-Situation wurde das Programm verändert.

Sehen Sie hier den Filmbeitrag zur Gedenkveranstaltung:

<https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=s0St6Kuamq0>

Nachfolgend geben wir die Redebeiträge von Bettina Levy, Vorstandsmitglied der Synagogen-Gemeinde Köln, Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Prof. Dr. Jürgen Wilhelm, Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit wieder. Es gilt das gesprochene Wort.

(<https://www.sgk.de/veranstaltung/erinnern-fuer-die-wachsamkeit/>)

Rede von Bettina Levy

Sehr verehrte Frau Bürgermeisterin Reker,
sehr geehrter Herr Professor Wilhelm,
Lieber Herr Freiwald,
Herr Kantor Tauber,

sehr verehrte Vorstandsmitglieder der Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Lehrer, Herr Dr. Rado und Herr Dr. Schotland,

sehr verehrte Zuschauer des Livestreams,

und nun auch liebe Leser,

das diesjährige Gedenken zum 9. November an die Pogromnacht 1938 und die Shoah geschieht, wie fast unser ganzes momentanes Dasein, im Schatten der Covid-19-Pandemie. Unser alltägliches Leben, das Miteinander, Arbeiten und die Schulen sind von den Mög-

lichkeiten und der Herausforderung des Umgangs mit Corona, dem Schutz anderer und der eigenen Gesundheit, bestimmt. Unsicherheit, Besorgnis und Angst haben eine andere Dimension und sind für viele Menschen allgegenwärtig. Der Umgang damit ist jedoch extrem verschieden. So gibt es Menschen, die anderen, denen es noch schlechter geht, behilflich sind, die sich bemühen zu unterstützen, oder einfach nur einmal mehr »Danke!« sagen.

Wir können in jedem Moment unseres Lebens entscheiden, wer wir sein wollen. Wir haben eine Stimme und es gibt immer Möglichkeiten. Die SchülerInnen, die unsere Veranstaltung mit-, nein, hauptsächlich gestaltet haben, sie haben Stellung bezogen gegen das Vergessen, für das Erinnern. Diese SchülerInnen haben für sich entschieden, wer sie sein möchten.

Wir sind nicht für die Vergangenheit verantwortlich. Wir halten aber die Zukunft in unseren Händen. Wir können mit dem, was wir tun, mit dem, was wir unterstützen, mit dem, was wir verhindern, einen Unterschied machen. Jeder Einzelne!

Ihr jungen Menschen, die Ihr zum Gedenken an den 9. November 1938 beigetragen habt, etwas erarbeitet und vorgestellt habt, erinnert an die Menschen, die ausgelöscht wurden. Dafür danken wir, die jüdischen ganz normalen Menschen dieser Stadt, euch sehr.

Wir haben die Menschen, deren Schicksal, deren nicht gelebtes Leben ihr beschreibt, in unserem kollektiven Herzen, im Herzen des jüdischen Volkes. Ihr macht sie für alle wieder sichtbar und gebt ihnen ihre Namen zurück, indem Ihr sie aussprecht. Danke!

Ihr erinnert aber auch gleichzeitig unsere Gesellschaft an die schrecklichen Folgen, wenn man einer menschenverachtenden Ideologie hinterher läuft. Juden und Jüdinnen wurden ausgegrenzt, verfolgt, ermordet.

Die Theorien ihrer Vergehen und somit die Rechtfertigung dieser Gräueltaten lagen oft in Verschwörungstheorien. Die jüdische Weltherrschaft ist ein immer wieder gerne heraufbeschworenes angebliches Schreckgespenst. Und des gleichen Musters wird sich auch heute mehr und mehr, öffentlich und offen bedient.

16 AUS ANDEREN INITIATIVEN

Verschwörungstheorien haben während Corona Hochkonjunktur. Wir leben in einer Zeit der Distanz und des Abstandes. Aber im digitalen Raum passiert ganz viel. Verschwörungstheorien, werden in Windeseile verbreitet und haben eine gigantische Plattform. Wir müssen noch wachsamer sein, auch in dieser Parallelwelt des Internets, die für viele mehr Zuhause als die echte Welt, die Realität geworden ist. Seid wachsam!

Wir konnten die Dimension dessen in Anschlägen wie in Halle sehen. Der Täter hat vorher seine Ansichten und unfassbaren Absichten verkündet. Er war ausgestattet, um andere live und online an seiner Bluttat teilhaben zu lassen. Rechtsradikale, antisemitische und rassistische Äußerungen sind auch im Netz strafbar.

Liebe Frau Reker, der Satz ›Kein Millimeter nach rechts‹ ist für die jüdische Bevölkerung in Köln mehr als ein Wahlversprechen. Wir glauben Ihnen diese Worte. Wir trauen sie Ihnen in der Umsetzung auch zu. In unserer Stadt darf kein Platz und kein Ort für Antisemitismus und Rassismus sein. Unsere gemeinsamen Zeichen, wie kürzlich die Bahn ›Miteinander – mittendrin‹, deren Idee Sie von Anfang an unterstützt haben, gibt uns das Gefühl Sie stehen an unserer Seite. An der Seite der Demokratie und unserer gemeinsamen Werte. Dafür danken wir Ihnen und schätzen Sie sehr.

Die unermüdliche Arbeit des EL-DE-Hauses und der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, stellvertretend möchte ich Herrn Professor Wilhelm und Herrn Dr. Jung nennen, setzen sich seit Jahrzehnten durch Bildungsangebote für Demokratie, gegen Antisemitismus ein. Das ist von großer Bedeutung für die Kölner und Kölnerinnen. Sie verändern, sie geben damit die Möglichkeit sich anders zu entscheiden. Danke dafür!

Gedenken,

Gedenken durch Erinnern.

Auch, aber nicht nur...

Gedenken, um zu verhindern.

Daher lassen Sie uns auch dieses Jahr wieder einen Namen mitnehmen. Uns zur Mahnung, ihnen zum Andenken. Nehmen Sie einen dieser Namen mit in Ihre Welt, in Ihr Leben. Denken Sie an dieses Kind, diesen Menschen, seinen Namen, wenn Sie entscheiden müssen, was richtig und was falsch ist. Und wofür Sie einstehen, wogegen Sie einschreiten, nicht weghören und vielleicht auch handeln müssen. Das waren die Worte, mit denen Herr Dr. Felix Schotland und ich im letzten Jahr unsere Rede zum 9. November beendeten. So möchte ich es auch dieses Jahr machen.

Elisabeth Faibusch, 4 Jahre alt, ermordet

Bernhard Baruch, 3 Jahre, ermordet

Edgar Blum, 3 Jahre, ermordet

Wolfgang Blum, 2 Jahre, ermordet

Chana Baruch, 6 Monate, ermordet

Gertrud Levi, 1938 ist sie 49 Jahre alt, ermordet

Johanna Levy, 1938 ist sie 49 Jahre alt, ermordet

Alfred Theodor Salmony, 1938 ist er 53 Jahre alt, ermordet

Emma Landau, 1938 ist sie 66 Jahre alt, ermordet

Calman Rosenthal, 1938 ist er 73 Jahre alt, ermordet





Rede von Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Sehr geehrte Frau Levy,
 sehr geehrte Herren Lehrer, Dr. Schotland und Dr. Rado,
 sehr geehrter Herr Kantor Tauber,
 sehr geehrte Frau Farkas,
 sehr geehrter Herr Prof. Dr. Wilhelm,
 liebe Anwesende hier vor Ort sowie im Live-Stream!

Wir erinnern uns heute an den 9. November 1938 – ein Datum, das sich in die deutsche Geschichte eingegraben hat. Ich nehme diesen Tag auch durch die Augen einer damals jungen Frau wahr. Erst vor wenigen Jahren – bereits hochbetagt – konnte sie mir von den Ereignissen erzählen.

Am 9. November 1938 war ihr 18. Geburtstag. Bei Einbruch der Dunkelheit begegneten ihr auf dem Heimweg überall in der Stadt Horden meist junger Männer. Sie erkannte die Uniformen der Hitler-Jugend. Sie sah eine Gruppe, die mit tropfenden Farbeimern in der Hand die Schaufenster beschmierte. Sie hörte lautstarke Aufrufe zur Gewalt an Jüdinnen und Juden. Sie ahnte mehr als sie wusste und lief nachhause. Ihre Mutter registrierte die Nachricht nur; ihr Vater vergrub sein Gesicht schwer besorgt in der Hand. Alle drei schwiegen zu den Geschehnissen – aus Angst und Sorge um sich selbst.

Die junge Frau war meine Mutter und sie wäre also heute 100 Jahre alt geworden. Ihr – wie auch den Letzten – musste nach dieser Nacht klar geworden sein, wie sehr jüdisches Leben in Deutschland und hier in Köln in Gefahr war.

In dieser Nacht brannten unzählige Synagogen in Deutschland und auch die Kölner Synagoge in der Roonstraße! Wie überall in Deutschland Jüdinnen und Juden angegriffen oder sogar ermordet wurden, so war dies auch in unserer Stadt der Fall. Es war eine Nacht des Verlustes – eine Nacht der Angst, des Schreckens – eine Nacht des Staatsterrors inmitten eines Kontinents, der den Humanismus und die Aufklärung hervorgebracht hatte.

Meine Damen und Herren, ich wünschte, wir könnten sagen, unsere Gesellschaft habe aus der Geschichte ein für alle Mal gelernt. Ich

wünschte wir könnten heute sagen: Der Antisemitismus in Deutschland und in Köln ist überwunden. Doch die Gegenwart lehrt uns, dass dies nicht der Fall ist. Judenfeindschaft ist immer noch weit verbreitet – das wissen wir aus der Arbeit unseres NS-Dokumentationszentrums leider allzu gut.

Um es unmissverständlich zu sagen: Als Oberbürgermeisterin habe ich den Anspruch, dass Jüdinnen und Juden 82 Jahre nach dem Novemberpogrom endlich angstfrei in Köln leben können.

Doch solange Antisemitismus besteht, ist ein wirksamer Schutz von Jüdinnen und Juden unverzichtbar und unverhandelbar. Und solange Antisemitismus besteht, sind wir aufgerufen, uns ihm entgegenzustellen! Denn wir sind nicht machtlos: Indem wir Zivilcourage zu unserem wichtigsten Alltagsbegleiter machen, verteidigen wir die Menschenwürde. Indem wir Gewalt, Hass und Hetze mit Menschlichkeit und Respekt entgegensetzen, entziehen wir rechten Ideologien ihre Grundlage. Indem wir uns der Geschichte erinnern, bleiben wir wachsam für die Gegenwart – ganz so wie es Ihr Leitmotiv vorgibt.

Meine klare Haltung auch in meiner zweiten Amtszeit bleibt: Mit mir rückt Köln keinen Millimeter nach rechts! Ich stehe für das Verbindende, nicht für das Trennende. Ich stehe für Dialog und Kompromiss statt für Radikalität. Und deshalb, meine Damen und Herren, habe ich die Initiative des Zentralrats der Muslime in Deutschland sehr begrüßt, mit einem interreligiösen Friedensgebet in Berlin gegen den offenbar islamistischen Terror von Wien ein Zeichen zu setzen.

Es ist dieser Geist der religionsübergreifenden Gemeinsamkeit, den wir in diesen Zeiten besonders dringend brauchen. Denn die Pandemie und der Umgang mit ihr legen erneut gesellschaftliche Gräben offen.

Die derzeitige Krise birgt – je nach weiterem Verlauf – das Potential zur Spaltung – auch das wissen wir aus ähnlichen Ereignissen in der Geschichte allzu gut. Nicht zuletzt deshalb heißt es heute richtiger Weise: Erinnern für die Wachsamkeit!

Es muss jetzt mehr denn je darum gehen, trotz und gerade wegen der Kontaktbeschränkungen im Dialog zu bleiben. Mit einer klaren

Haltung. Mit Solidarität und mit großer Gemeinsamkeit. So wie jede Demokratin und jeder Demokrat aufgerufen ist, sich im Kleinen für die Stadtgesellschaft zu engagieren, so sehe ich auch meine Stadtverwaltung in der Verantwortung, Hass, Hetze und Gewalt Einhalt zu gebieten. Und wir nehmen sie ernst:

Am NS-Dokumentationszentrum gibt es beispielsweise seit gut einem Jahr die Fachstelle [m²] miteinander mittendrin – Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus. Ich freue mich, dass hierbei auf so viele engagierte Mitarbeitende und ehrenamtliche Unterstützung setzen zu können, insbesondere auch der Synagogen-Gemeinde.

Mitte August war die Stadt Köln zudem Initiatorin der Aktion »Glanz statt Hetze«, an der sich Hunderte Kölnerinnen und Kölner, viele Institutionen und Vereine beteiligten – dabei bleibt mir besonders die Rede Ihres Sohnes, liebe Frau Levy, an einem der gereinigten Stolpersteine in Erinnerung.

Meine Damen und Herren, es gibt viele kreative Beispiele für das breite Engagement gegen Antisemitismus bei uns in Köln und das sollte uns allen Mut machen.

Und neben dem Mut finde ich heute in einem weiteren Gedanken Trost: Die Nacht des Pogroms sollte nach dem Willen der Nationalsozialisten zum Auftakt für die industrielle Vernichtung des Judentums werden. Doch es ist nicht gelungen, das jüdische Leben auszulöschen – nicht in Europa, nicht in Deutschland, nicht bei uns in Köln. Die überlebenden Jüdinnen und Juden waren stärker als die perfide Grausamkeit der Nazis.

Und daher sage ich heute: Ich bin dankbar dafür, dass wir heute vereint und geschlossen der Jüdinnen und Juden erinnern, die in dieser Nacht vor 82 Jahren von Deutschen getötet wurden, die angegriffen wurden und spätestens seit dieser Nacht um ihr Leben fürchten mussten. Und ich bin glücklich, dass jüdisches Leben wieder ein Teil unserer Stadt ist – so wie es für Jahrhunderte der Fall gewesen ist.

Das sichtbar zu machen, bleibt unsere gemeinsame Aufgabe! Die Schalömmchen-Köln-Bahn fährt bereits seit Oktober durch Köln und erreicht viele Tausend Kölnerinnen und Kölner. Auch die Kölner Synagoge wird noch einmal sichtbar an Attraktivität gewinnen – ich freue mich über die Förderung des Bundes, mit der die Wiederherstellung der ursprünglichen Schönheit möglich wird.

Und in wenigen Wochen läuten wir schließlich das Festjahr 1.700 Jahre jüdisches Leben in Köln und Deutschland ein. Ich hoffe sehr, dass 2021 als das Jahr in die Kölner Stadtgeschichte eingeht, in dem das mittelalterliche jüdische Viertel im Herzen unserer Altstadt – so wie der Kölner Dom – Unesco-Welterbe-Status erhält.

Liebe Anwesenden, meine Mutter und ihre Eltern schwiegen zu den Ereignissen des 9. November 1938. Sie schwiegen als ihre jüdischen Nachbarn flohen oder deportiert wurden. Und sie schwiegen zum Holocaust. Bis ins hohe Alter begleitete meine Mutter eine tiefe Scham, ein erdrückendes Schuldgefühl und eine Fassungslosigkeit über sich selbst, damals aus Angst unmenschliche Greuel mitermöglichst zu haben. Erst kurz vor ihrem Lebensende fasste sie all dies in Worte. Meine Mutter steht für Millionen Deutsche im Nationalsozialismus, die zur Auslöschung jüdischen Lebens schwiegen. Als ihr Kind habe ich heute einen tiefen Wunsch: Dass es uns gemeinsam gelingen möge, im kommenden Jahr ein weithin hörbares Signal auszusenden, das heute vor 82 Jahren ausgeblieben war, eine Botschaft, die heute so wichtig ist, wie sie damals war und in Zukunft sein wird: Jüdinnen und Juden gehören seit jeher zu Köln – und dabei bleibt es!



Rede von Prof. Dr. Jürgen Wilhelm

Auch unter wenig erfreulichen Umständen führen wir unsere traditionelle Gedenkveranstaltung zum 9. November 1938 durch, um die Schrecknisse dieses furchtbaren, gleichwohl historischen Tages nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Gleichzeitig wollen wir über seine Bedeutung für unsere Gegenwart nachdenken.

Doch sind wir vor allem gemeinsam hier, um der Opfer zu gedenken, der vielen Toten, Verletzten und Traumatisierten, die durch die von der Polizei nicht gestörten Brandschatzungen und Zerstörungen endgültig gespürt haben, dass sie in diesem Staat der Willkür und des Naziterrors auf das Höchste gefährdet waren.

Häufig spricht man von einem »Ereignis«, als wäre alles irgendwie vom Himmel gefallen. Der November 1938 ereignete sich aber nicht auf irgendeine ominöse Art und Weise, es handelte sich um kein zufälliges Geschehen, keinen Unfall, keine Naturkatastrophe, die plötzlich und unerwartet hereinbrach. Diese zerstörerische sog. Reichskristallnacht hatte einen langen historischen Vorlauf, mit Traditionslinien, die Antisemitismus und Rassismus entfachten und einen komfortablen Ausgangspunkt für die Nazis, ihre Schergen, aber auch für die zuschauende Mehrheit aller Deutschen darstellte.

Wenn eines aus der deutschen Geschichte gelernt werden kann, dann, dass in der Wilhelminischen Epoche und – wenn auch durch die Macht der kurzen brüchigen Demokratie gezähmt – in der Weimarer Republik ein aggressiver Antisemitismus en vogue war, der in erster Linie von den politischen Eliten und dem Bürgertum befeuert wurde. Antisemitismus kam und kommt nicht nur von den gesellschaftlichen Rändern, sondern hat historisch und in der Gegenwart in der Mitte der Gesellschaft und in elitären Milieus sein Epizentrum.

Ohne die Vorarbeit nationalistischer und reaktionärer Kräfte, die maßgebliche gesellschaftliche Strukturen in der Weimarer Republik prägten, wäre es den Nazis nicht möglich gewesen, die Macht 1933 zu übernehmen. Wir wissen heute, dass sowohl der immer noch auf tausenden Denkmälern und Straßennamen verewigte Hindenburg, einer der dümmsten und korruptesten Staatsmänner, unter denen Deutschland je gelitten hat, ebenso wie die militärische Elite und der Adel, an der Spitze die Hohenzollern, die Nazis erst an die Macht gebracht haben. Hitler und seine Partei haben diese Macht ergriffen, die man ihnen willig hergab.

19 AUS ANDEREN INITIATIVEN

Nun befinden wir uns heute nicht in der Endphase der Weimarer Republik, in der sich weite Teile der Gesellschaft ein Ende von Demokratie und Pluralismus wünschten. Jedoch müssen wir seit längerem von einer latenten Bedrohungssituation für Juden in Deutschland und in vielen europäischen Staaten sprechen, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass die Angriffe auf Juden exponentiell zunehmen.

Hinzu kommt aktuell der terroristische Islamismus. Beim Islamismus handelt es sich um eine im Kern rechtsextreme Ideologie. Mit anderen rechtsextremen Bewegungen hat der Islamismus sowohl seinen Antisemitismus und Antimodernismus als auch den Hass auf sexuelle Minderheiten und die Diskriminierung von Frauen gemeinsam. Er verachtet die Freiheit und die Selbstbestimmung des Einzelnen und ordnet sie dem Kollektiv unter, das Abweichler nicht duldet, sie ausgrenzt, bedroht, verfolgt und schlimmstenfalls ermordet. Er ist autoritär und systemkonsequent verbrecherisch und terroristisch. Seine Angriffe zielen auf die pluralistische und demokratische Gesellschaft, mit deren liberalen Grundsätzen er nicht vereinbar ist und die von den Islamisten weder anerkannt noch respektiert werden.

Wer sich für eine offene, demokratische Gesellschaft einsetzt und sich in diesem Sinne gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus engagiert, muss auch den Islamismus als große Gefahr für Demokratie und Pluralismus begreifen, über den aufgeklärt und dem entgegengewirkt werden muss. Wir sagen das seit vielen Jahren immer wieder öffentlich, auch in der Synagoge an fast jedem 9. November. Die vielen Schlupflöcher, die der liberale Rechtsstaat den Islamisten lässt wird von diesen systematisch ausgenutzt und gefährdet und zerstört immer wieder das Leben unschuldiger Bürger. Die Institutionen des Staates müssen alle rechtlichen Möglichkeiten zur Überwachung und Verfolgung nutzen. Gesetze und Vorschriften hierfür gibt es genug: woran wir leiden, ist kein Gesetzesdefizit! Woran wir leiden, ist ein Umsetzungsdefizit!

Aber denken wir nicht nur an irgendjemand, irgendwo, in irgendeiner anderen Stadt. Es sind nicht immer die anderen, bei denen Derartiges geschieht. Das wäre zu einfach! Denken wir an unseren Rabbiner in Köln, der die Straßenbahnfahrt vermeidet, weil er Beleidigungen und Schmähungen aus dem Weg gehen möchte. Denken wir an die Keupstraße.

In Hamburg wurde kürzlich ein jüdischer Student mit Kippa vor der dortigen Synagoge angegriffen und schwer verletzt; der antisemitische Übergriff vor wenigen Wochen in dem Burschenschaftshaus Normannia machte Schlagzeilen.

Letzterer wurde allerdings nur öffentlich, weil engagierte Antifas in Heidelberg hierzu recherchierten. Die Polizei hatte dies in ihrer Presseberichterstattung einfach mal »vergessen«. Die Normannia ist organisiert im Verband der Deutschen Burschenschaft (DB), der immer wieder durch zahlreiche Verbindungen zur extremen Rechten auffällt.

Deshalb spreche ich von bürgerlicher Mitte. Hier sind sie wieder, sogar im alten Outfit und mit ihren lächerlichen Traditionen, gleichwohl gefährlich. Offenbar sind rechte Vereinigungen, Neonazis, Burschenschaften und viele andere nur wenig getarnte Organisationen des rassistischen und antisemitischen Spektrums stark vernetzt, arbeiten häufig jahrelang zusammen bis hin zur Radikalisierung und eben immer wieder auch mörderischen Angriffen, deren Vorbereitung die Sicherheitsbehörden nicht durchschauen.

Es ist keineswegs so, um noch einmal auf den historischen Vergleich zu Beginn meiner Rede zurückzukommen, dass wir es gegenwärtig wie in der Endphase der Weimarer Republik mit einem strukturell reaktionären Bürgertum in Deutschland zu tun haben. Nein: Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt heute Rechtsstaat und Demokratie. Aber sie stehen dem grassierenden Antisemitismus und Rassismus häufig desinteressiert und teilnahmslos gegenüber.

Noch immer reagieren die Behörden viel zu zögerlich. Kritisch muss festgestellt werden, dass nach dem NSU-Skandal, nach der Keupstraße nicht die notwendigen Konsequenzen für einen nachhaltigen Kampf gegen militanten Rechtsextremismus gezogen wurden, wie die zahlreichen antisemitischen und rassistischen Vorfälle innerhalb des Polizeiparats, des Militärs und der Geheimdienste belegen.

Keine historische Feststellung, sondern eine aus der vorigen Woche: der Innenminister von NRW informierte darüber, dass mittlerweile gegen 150 Sicherheitskräfte ermittelt werde.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass wir schon seit einigen Jahren mit einem politischen Arm des Rechtsextremismus in sehr vielen Parlamenten in Deutschland zu tun haben, deren Abgeordnete gegen Minderheiten hetzen, den Nationalsozialismus verharmlosen und ganz offen antisemitisch oder rassistisch argumentieren. Viele in dieser Partei haben dabei auch kein Problem mit Gewalt und Vernichtungsphantasien. So sagte vor wenigen Monaten der damalige AfD-Pressesprecher Lüth in einem vermeintlich vertraulichen Gespräch: »Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD.« Das sei mit Fraktionschef Gauland »lange besprochen« worden. Auf den Zuzug von Migrantinnen angesprochen, sagt der Funktionär: »Wir können die nachher immer noch alle erschießen, das ist überhaupt kein Thema, oder vergasen oder wie du willst, mir egal.« Wörtliches Zitat!

Schlimmer geht es nicht mehr. Und immer wieder wiegelt die AfD ab. Den sog. »Flügel« will sie verboten haben. Beobachtungen des hessischen Verfassungsschutzes sagen das Gegenteil. Die sog. Auflösung der Kampftruppen von Höcke und Co. war eine Finte, um der Beobachtung durch den Verfassungsschutz auszuweichen. Der Neonazi-Flügel dominiert viele Landesverbände der AfD, auch in NRW.

An diesem Erinnerungstag hätte ich Ihnen gerne freundlichere Nachrichten beschert, aber die Welt um uns herum ist leider nicht so. Man muss nicht Cassandra sein, um festzustellen, dass trotz des Wahlsieges von Biden in den USA es selbst in der EU Staaten gibt, die systematisch Demokratie und Rechtsstaat schwächen. In Polen, Ungarn und anderen Staaten schwingen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus stets mit. Mal leiser, mal lauter.

Also gilt es weiterhin und verstärkt wachsam zu sein und die Stimme zu erheben, aktiv einzutreten gegen offenbar nicht auszurotenden gefährlichen und menschenverachtenden Antisemitismus und Rassismus.

Lassen Sie mich den Frauen und Männern der Synagogen-Gemeinde Köln versichern, dass wir als Institution, aber auch sehr persönlich unüberhörbar an Ihrer Seite stehen und gemeinsam mit Ihnen für eine Gesellschaft ohne Antisemitismus kämpfen.



Jüdisches Leben in Deutschland: Epochenbilder von der Antike bis zum Ersten Weltkrieg

Die Veranstaltungsreihe weitet den Blick auf die wechselvolle Geschichte des jahrhundealten jüdischen Lebens in Deutschland. Die einzelne Epochen übergreifenden Vorträge zeichnen die großen Bögen des Zusammenlebens, widmen sich bekannten Persönlichkeiten, berücksichtigen aber auch im Schatten stehende einfache Menschen und den Beitrag von Frauen. Wie die wachsende Anstrengung von jüdischer Seite um Mitwirkung und Anerkennung immer wieder Abwehrbewegungen der Gesamtgesellschaft und Antisemitismus provozierte, ist ein bedrückendes Fazit. Das Bewusstsein vom tragischen Scheitern dieser Beziehung wird jeden Vortrag begleiten und Denkanstöße geben, Antisemitismus und Rassismus entschieden entgegenzutreten.

Sie sind herzlich eingeladen.

25. Februar 2021

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Werner Eck, Köln

Juden im Stadtrat der colonia Agrippinensium:

Der konstantinische Erlass von 321 n. Chr. – ein revolutionärer Akt?

25. März 2021

Prof. Dr. Karl Ubl, Köln

Juden im Reich Karls des Großen: Zwischen Diskriminierung und Königsschutz

<https://www.koelnische-gesellschaft.de/veranstaltungen/>



Das Radstadion in Köln-Müngersdorf soll zum Albert-Richter-Radstadion werden

Am 02.01. 2021 jährte sich zum 81. mal der Jahrestag der Ermordung des Radfahridols Albert Richter.

Der Kölsche Jung, in Ehrenfeld geboren, war erfolgreicher Radweltmeister und ein Radidol, er widersetzte sich dem Nationalsozialismus und wurde nach seiner Verhaftung am 02.01.1940 Tod in der Gefängniszelle gefunden.

In Köln wurde 1996 die Radrennbahn im neuen Kölner Radstadion nach Albert Richter benannt. Die Journalistin Renate Franz und Andreas Hupke haben über das Leben von Albert Richter ein Buch öffentlich und damit das Gedenken wachgehalten.

Albert Richter wurde 2008 in die Hall-of-fame der Deutschen Sporthilfe aufgenommen. <https://www.hall-of-fame-sport.de/mitglieder/detail/Albert-Richter/>

Zum 02.01. 2021 starten Kölner Bürger*innen die Initiative zur Benennung des Radstadions nach ALBERT-RICHTER-Radstadion mit der Erstunterzeichnung des Bürgerantrags. Zur weiteren Mitzeichnung gibt es eine open-petition:

<https://www.openpetition.de/petition/online/das-radstadion-in-albert-richter-radstadion-und-den-platz-davor-in-ernst-berliner-platz-benennen>

Zeitgleich wird in der Bezirksvertretung Lindenthal ein Antrag eingereicht, der den Platz vor dem Radstadion nach Ernst Berliner, dem Trainer und Freund von Richter, benennen will.

Erinnern in Auschwitz – auch an sexuelle Minderheiten

Joanna Ostrowska, Joanna Talewicz-Kwiatkowska, Lutz van Dijk (Hg.): Berlin: Querverlag 2020, 272 S., 18 Euro

Ein in zweierlei Hinsicht doppeltes Forschungsprojekt präsentiert seine Ergebnisse: Die polnisch-deutsche HerausgeberInnengruppe mit Joanna Ostrowska, Joanna Talewicz-Kwiatkowska und Lutz van Dijk legt mit *Erinnern in Auschwitz – auch an sexuelle Minderheiten* eine interessante Zusammenstellung zur Verfolgung von Schwulen, Lesben und anderen sexuellen Minderheiten vor. Wie die HerausgeberInnen schreiben, soll sich die Forschung nicht von heteronormativen Nazi-Definitionen leiten lassen. Interessant ist das Werk nicht nur wegen der Zusammenstellung, sondern auch, weil die Betrachtung nicht 1945 endet und die aktuelle Situation der Gegenwart und der aktuelle Forschungsstand einbezogen werden.

Lutz van Dijk verfolgt seit langem mit großer Leidenschaft ein Thema: das Erinnern an homosexuelle Häftlinge in der KZ-Gedenkstätte Auschwitz. Lutz van Dijks Engagement hat mehrere Ursachen: Zum einen war die Recherche nach der Rosa-Winkel-Häftlingsgruppe im Archiv der Gedenkstätte zentral. Zusammen mit weiteren Aktiven suchte er bereits im Jahr 1989 in den Häftlingslisten nach den Namen der Opfer. Zum anderen war es seine Begegnung und langjährige Freundschaft mit dem aufgrund seiner Homosexualität verfolgten polnischen KZ-Überlebenden Stefan K. (Teofil Kosziński, 1925–2003). Der Auschwitz-Überlebende und Menschenrechtsaktivist Marian Turski schreibt in seinem Vorwort über seine eigene Befangenheit gegenüber Häftlingen mit dem rosa Winkel, die er jetzt mit Scham eine widerwillige, verhöhnende Erinnerung nennt.

Angesichts der Vielzahl an Publikationen der letzten 20 Jahre, die sich dem Thema »Homosexuellenverfolgung im Nationalsozialismus« (und zeitlich darüber hinaus) widmen, betritt dieses Buch dennoch Neuland: Das europäische Ausland spielte bei den Untersuchungen bislang nur eine marginale Rolle. Das Werk ist in fünf Teile gegliedert:

Grundlagen und Umfeldler

In diesem Abschnitt werden die Lücken der historischen Forschung benannt. Eine Einordnung der Verfolgung und des Gedenkens gelingt nur dann, wenn sich der Blick opfergruppenübergreifend weitet. Dafür sorgt ein einleitender Aufsatz des renommierten Holocaust-Forschers Stephan Lehnstaedt, der eindrücklich die Übertragung der von den Nationalsozialisten vorgenommenen Hierarchisierung der gesellschaftlichen Strukturen und ihrer Opfer in die Nachkriegsgesellschaft aufzeigt und damit Tendenzen offenlegt, die ein allseits beklagtes »Rollback«, also die Rückkehr zu längst überlebt geglaubten vordemokratischen Strukturen, aufzeigen.

Autoren wie Michael Berenbaum, der Forschungsdirektor am United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), oder Rüdiger Lautmann, Nestor der Erforschung der Homosexuellenverfolgung, wählen in ihren Beiträgen persönliche Erlebnisse als Ausgangspunkt ihrer Betrachtungen. Rüdiger Lautmann schildert darin, wie er persönlich seinen wissenschaftlichen Zugang zum Thema fand und wie dieser sich weiterentwickelte.

Geschichte der Forschung

Anna Hájková nennt ihren Beitrag »Eine unbequeme Geschichte« – warum wir eine queere Geschichte des Holocaust brauchen. Sie benennt die Lücke in der Geschichtsschreibung aufgrund fehlender

Zeugnisse und überlieferter Erinnerung. Personen, die als verstörend wahrgenommen wurden, kommen in Zeugnissen nicht vor. Daher fordert sie zum Nachdenken über die »unwürdigen« Opfer auf. Auch das eine Neuheit: Der Blick auf die Verfolgung lesbischer Frauen und lesbischen Verhaltens im Konzentrationslager hat in diesem Sammelband nicht nur marginale Bedeutung, sondern nimmt großen Raum ein. Im homophoben kommunistischen Nachkriegspolen – so Joanna Ostrowska – wurde lesbisches Verhalten in den Berichten der weiblichen Überlebenden immer wieder als »deutsche Krankheit« abgetan, um selber als moralisch unangreifbar zu gelten. »Die sexuelle Frage hängt in den Erinnerungen unzertrennlich mit der nationalen Frage zusammen«, so die polnische Soziologin Agnieszka Nikliborc.

Die Publikation betritt mit einem weiteren Thema Neuland: Homosexuelle konnten Funktionshäftlinge werden. Noch brisanter und desto wertvoller ist es, dass die AutorInnen das Thema des Machtgefälles innerhalb des rechtsfreien Raums der Konzentrationslager aufgreifen und der Frage nachgehen, welche Rolle homosexuelle Handlungen darin spielten. Sowohl zwischen Männern als auch zwischen Frauen führte die Ausnutzung dieses Machtgefälles zu traumatischen Erfahrungen der sexuellen Ausbeutung, die vor allem die jugendlichen Häftlinge betraf. Von Anfang an spielte in der Überlebendenliteratur das Thema »Polenjungs« eine Rolle. Seit Eugen Kogons SS-Staat (1946) wurde die sexuelle Ausbeutung von jungen Polen durch privilegierte Häftlinge kolportiert. Die Lagerhomosexualität, für die der Frauenmangel im KZ verantwortlich gemacht wurde, führte nur allzu oft zu einer pauschalen Gleichsetzung mit der Häftlingsgruppe der Homosexuellen. Gefangene mit dem rosa Winkel standen unter Generalverdacht. Joanna Ostrowska und Lutz van Dijk gehen nun im Aufsatz Pipels und Puppenjungen sehr differenziert der Fragestellung nach, unter welchen Bedingungen und von wem diese sexuellen Handlungen ausgingen.

Einzelchicksale

Hier werden von Raimund Wolfert mit drei Beiträgen, Lutz van Dijk, Jörg Hutter und Joanna Ostrowska Fälle von ermordeten und überlebenden Opfern erzählt. Die langjährigen persönlichen Begegnungen, ja Freundschaften, die so selten zwischen den Forschenden und den homosexuellen Überlebenden entstanden, machen dieses Buch überdies lesenswert: Nicht nur Lutz van Dijk, auch Jörg Hutter hatte die Chance, einen Auschwitz-Überlebenden, Karl Gorath (1912–2003), zu treffen, viele Gespräche mit ihm zu führen und schließlich seinen Nachlass zu übernehmen. Die Enttäuschung der Überlebenden über das Nachkriegsdeutschland (und -polen), die Scham über die eigene Verfolgungsgeschichte, die tunlichst verschwiegen wurde, der äußerst selten und leider hoffnungslos geführte Kampf um Entschädigung ziehen sich als roter Faden durch diese Begegnungen.

Inhaltlich überraschend ist die Tatsache, dass es während der deutschen Besatzung auch Polen gab, die nach § 175 verurteilt wurden. Gemeinhin liest man, dass es nahezu ausschließlich Deutsche und Österreicher getroffen habe und einige wenige Männer aus den westlichen Nachbarstaaten. Nicht aber aus den slawischen Staaten – und hier bietet das Buch einige Beispiele, die sich nicht nur auf »Stefan K.« beschränken. Auf ihn stieß Lutz van Dijk bereits im Jahr 1990. Seine Lebensgeschichte Verdammte starke Liebe (deutsch 1991, englisch 1995) konnte in polnischer Sprache allerdings erst im Jahr 2017 veröffentlicht werden, 14 Jahre nach »K.s« Tod.

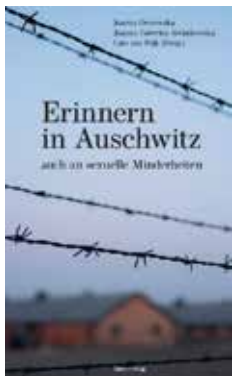
Im Bericht über Roman Iglar wird deutlich, dass es sich bei »Stefan K.« nicht um eine singuläre Inhaftierung handelte. Zahlreiche Polen, Bewohner des Warthelandes, sind in Gefängnisakten nachweisbar. Im Fall von Iglar zog die Haft eine Einweisung in das KZ Auschwitz nach sich. Und das, obwohl er – anders als »K.«, der eine Beziehung zu einem deutschen Wehrmachtssoldaten pflegte – »nur« mit polnischen Landsleuten sexuelle Beziehungen hatte. Eine Ausnahme unter Tausenden polnischer homosexueller Männer. Was die Behörden veranlasste, ausgerechnet ihn nach Auschwitz zu bringen, erfahren wir nicht. Die Kennzeichnung in Auschwitz war dann aber der rote Winkel. Nur mit mühsamer Quellenarbeit lassen sich diese Haftwege nachweisen – ein großes Verdienst dieses Buches, den Grundstein dafür gelegt zu haben.

Praktische Konsequenzen

Mit zwei Beiträgen polnischer AutorInnen, Mariusz Kurc und Anna Dabrowska, sowie einem Beitrag von Daniel Baranowski von der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld wird ein Blick auf die heutige Aufarbeitung, aber auch auf die aktuelle Situation in Polen geworfen.

Sehr beeindruckend ist der Aufsatz von Mariusz Kurc, der seine eigene Geschichte in Polen vor und nach der Wende erzählt. Nicht nur das persönliche Bekenntnis ist sehr berührend, sondern auch das bereits erwähnte »Rollback« im heutigen Polen ist zu erwähnen. Die queere Bewegung wird in Polen zunehmend nicht nur mit staatlicher Repression, sondern auch mit Hass verfolgt. Zum Glück stößt dies auf immer mehr Widerstand.

Van Dijks Gedenkaktivitäten zielen selbstverständlich nicht nur auf Auschwitz und Polen. Seit Jahren versucht er, den »Holocaust-Gedenktag«, also das jährlich am 27. Januar wiederkehrende Gedenken des deutschen Bundestages, mit einem zentralen Gedenkakt den wegen ihrer sexuellen Identität im Nationalsozialismus verfolgten Menschen zu widmen. Er hat es geschafft, eine lange UnterstützerInnenliste, die von KZ-Überlebenden über namhafte HistorikerInnen und GedenkstättenleiterInnen bis zu AktivistInnen der LSBTIQ-Szene reicht, zu sammeln. Ein Erfolg ist bis jetzt versagt geblieben.



Biografische Informationen

In einem letzten Kapitel hat Rainer Hoffschildt aus seiner umfangreichen Materialsammlung 136 Einzelschicksale mit Daten rekonstruiert.

Erinnern in Auschwitz – auch an sexuelle Minderheiten ist zu wünschen, dass es auch in Polen veröffentlicht wird. Ein Buch, das neue Ansätze der Forschung zusammenfasst und weitertreibt. Und ein Buch,

das in einer Art Mosaik wissenschaftliche Forschung und konkret erlebte persönliche Geschichte zusammenbringt.

Albert Knoll und Martin Sölle



Die Familie Ganz und die Lengfeld'sche Buchhandlung – Lebensgeschichten einer jüdischen Buchhändlerfamilie-
herausgegeben von
Brigitte und Fritz Bilz
Metropol Verlag, Berlin, 19 Euro

Wer in Köln lebt und Bücher liebt, kennt auch die Lengfeld'sche Buchhandlung. Sie liegt heute am Kolpingplatz, nicht weit vom Kölner Dom und dem Museum für angewandte Kunst.

Welch lange Tradition und wechselvolle Geschichte mit ihr verbunden ist, wissen wahrscheinlich die wenigsten Kölner*innen. Es ist der verdienstvollen Recherche von Brigitte und Fritz Bilz zu verdanken, dass diese Wissenslücke geschlossen wird.

Mindestens genauso wichtig ist, dass die Interessierten Leser*innen sehr viel über das jüdische Leben in Köln in der Zeit vor dem Nazi-Faschismus erfahren. Das Ehepaar Bilz hat durch seine langjährige Tätigkeit in der Geschichtswerkstatt Köln Brück vielfältige Kontakte aufgebaut, so auch zu Nachfahren der Familie Ganz. Im Buch lesen wir im Wesentlichen Texte der Familienmitglieder, die ihre Familiengeschichte für ihre Nachkommen aufgeschrieben haben, damit sie nicht vergessen wird.

Die Buchhandlung wurde 1842 gegründet. 1877 wurde Alexander Ganz Teilhaber, 1880 übernahm er das Geschäft, das sich damals noch in der Schildergasse befand. Bis zur Machteinsetzung der Nazis durch Reichspräsident Hindenburg blieb es im Besitz der Familie Ganz. Die Buchhandlung wurde unter Alexander Ganz erheblich erweitert zur Kunsthandlung und Leihbibliothek, später kam noch ein Verlag hinzu. Wir erfahren viel über das Leben einer gutbürgerlichen jüdischen Familie. Der Sohn Karl Justus Ganz schreibt dazu: »Köln war mit den Ahnen gewachsen, die Familie hatte an der Emanzipation seiner Bürger aus der patriarchalischen in die Atmosphäre des modernen Zusammenlebens teilgenommen. Man gehörte zum Kern der Alteingesessenen« und weiter: »Die lesefreudigen Kunden rekrutierten sich aus städtischen und ländlichen, Universitäts- und Kaufmannskreisen, die jüdische Bourgeoisie war so gut in ihr vertreten wie der Landadel und die städtischen Patriazierfamilien.« Die Buchhandlung wuchs beständig, mehrere Umzüge trugen dem großen Andrang der Kundschaft Rechnung. 1919 zog man in den Olivandenhof, dort wo sich heute das große Kaufhaus »Globetrotter« befindet. Das Geschäft war das größte dort, über drei Stockwerke verteilt und mit acht Schaufenstern! Der Bestand der Leihbibliothek betrug über 200.000 Bücher. Die Lengfeld'sche Buchhandlung war zur größten in Köln und dem Rheinland geworden. Man beschäftigte bis zu 15 Angestellte.

Eine wichtige Funktion in dieser Buchhandlung hatte die Frau von Alexander Ganz, Clara Ganz geborene Herzbach. Sie führte die Leihbibliothek wie Karl Justus Ganz schreibt: »Den Abschluss des Ladens bildete ein leicht geschwungenes Pult, hinter dem saß in den Geschäftsstunden Mama mit ihrem Stab von Gehilfen und führte die Konten der Leihbibliothek.«

Wir erfahren viel über das Leben der Familie Ganz und ihrer Verwandtschaft, alle bestens integriert in die Kölner Gesellschaft. Man hatte jüdische Wurzeln aber feierte die christlichen Feste wie Weihnachten mit Tannenbaum und Ostern mit Eiersuche und der Kölner Karneval war ein wichtiger Bestandteil des Familienlebens. Alexander Ganz war im Präsidium des Börsenvereins des deutschen Buchhandels und zeitweise Präsident des Vereins Kölner Buchhändler.

23 BUCHBESPRECHUNG

Alexander und Klara Ganz hatten zwei Töchter: Anna und Lisbeth und zwei Söhne: Karl Justus und Felix.

1933 mit der Machtübertragung an die Nazis änderte sich alles. Beate Maillé, Tochter von Karl Justus und Minnie Ganz, schreibt über ihre Erfahrung als damals Zwölfjährige: »Eines Tages verfolgten mich zwei unbekannte Jungen auf der Straße, warfen mit Steinen nach mir und riefen ‚Judenkind‘. Das war wie ein Riss. Es war an jenem Tag, dass ich wirklich zum Judenkind wurde.«

Felix Ganz und seine Familie wanderten im Herbst 1933 nach Palästina aus. Der Mann von Lisbeth Ganz, Max Pinette, führte die Buchhandlung allein weiter. Doch die Repressionen seitens der Nazis wurden immer stärker. Er wurde gezwungen das Geschäft an nichtjüdische Besitzer zu verkaufen. Die Angestellten Hans Schmitt und Sophie Lutze übernahmen die Buchhandlung treuhänderisch im Einvernehmen mit der Familie Ganz.

Dr. Werner Jung schreibt in seinem Vorwort über die Folgen der Naziherrschaft für die Familie Ganz: »Die Nationalsozialisten zerstörten ihr deutsches Selbstbewusstsein und warfen sie auf das Jüdischsein zurück.«

Lisbeth und Karl Justus Ganz und ihre Familien verließen Köln, sie emigrierten nach Frankreich. In Frankreich konnten sie sich zunächst sicher fühlen, bis die Nazis Frankreich überfielen und

besetzten und das Vichy Regime zum Handlanger der deutschen Faschisten wurde. Die Familienmitglieder wurden teilweise interniert in Lagern, mussten unter widrigsten Umständen leben, die Flucht ergreifen unter abenteuerlichsten Bedingungen nach Spanien, Marokko, England, USA. Auch darüber erfahren wir viel von den Zeitzeug*innen der Familie Ganz, die ihre Lebensberichte für die Enkelkinder aufschrieben.

Und dann war da noch Anna Ganz verheiratet mit Martin Ballin mit dem sie drei Söhne hatte. Anna blieb in Köln, weil ihr jüngster Sohn, Gottfried Ballin, als Widerstandskämpfer im Zuchthaus saß und sie nicht ohne ihn fortwollte. Anna wurde im Ghetto Litzmannstadt ermordet, Gottfried im Vernichtungslager Auschwitz Birkenau.

Wer sich authentisch über jüdisches bürgerliches Leben in Köln vor 1933 aber auch über Flucht, Verfolgung und Exil informieren will, dem sei dieses Buch wärmstens ans Herz gelegt. Auch als Lektüre für Schüler*innen ist es sehr zu empfehlen.

Das Buch ist herausgegeben in der »Kleinen Reihe des NS Dokumentationszentrums der Stadt Köln«, die der Direktor des NS-DOK, Dr. Werner Jung, initiiert und verantwortet. Es ist verlegt im Metropol Verlag Berlin.

Claudia Wörmann-Adam